Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 234 Freitag den 6. Oktober 1848.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 79 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik" ausgegeben. Inhalt: 1) Ueber das Tragen von Civilkleidern von den Offizieren. 2) Korrespondenz aus Breslau, Liegnitz, Hirschberg, aus dtr Provinz.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 19—23. (439—443.) Bogen des 15. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 198. 199. Frankf. Bg. 242—244.

An die schlesischen Landleute.

Durch Zeitungen, Briefe und Reden bemühen sich Viele, Euch aufzureizen zu ungestümen Forderungen und gewaltthätigen Handlungen, indem sie Euch Mißtrauen einflößen gegen die Staatsregierung und die Nationalversammlung, und Euch die Hoffnung rauben wollen, daß die Erfüllung auch gerechter Ansprüche in dem gesetzlichen Wege durch beide gefördert werde. Trauet diesen Verführern nicht! Gerechte Forderungen, deren Erfüllung von dem Geiste der Zeit unabweislich geboten ist, werden Euch gewährt, wenn Ihr Gesetz und Ordnung achtet. Ungerechte Forderungen aber, mit Gewalt ertrotzt, würden Euch keinen Segen bringen, weil unrecht Gut niemals gedeihet. Erwartet vielmehr mit Zuversicht die Erfüllung aller gerechten Ansprüche von der Gesetzgebung, welche die Staats-Regierung mit der Nationalversammlung vereinbart. Ihr könnt es mit gutem Grunde. Denn Ihr selbst habt die Vertreter der Nation in der freiesten Wahl, die je stattgefunden hat, mitberufen, und das Wahlgesetz hat Euch keine Schranke gesetzt. Ihr habt gewählt, und in der Versammlung der freigewählten Abgeordneten hat die ganze Nation ihre alleinigen Vertreter anzuerkennen und zu ehren.

Man sagt Euch:

> nur die Deputirten der äußersten Linken hätten die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Nothwendigkeit einer radikalen Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse geleitet.

Die Verhandlungen der Nationalversammlung und das Verzeichniß der überreichten Petitionen beweisen aber, daß von allen Seiten solche Anträge mündlich oder schriftlich eingebracht worden sind.

Man sagt Euch:

> eine ministerielle Mehrheit der Kammer habe diese Anträge mit auffallender Lauheit aufgenommen;

man will damit die pflichtmäßige Selbstständigkeit der Majorität verdächtigen, und Euer Mißtrauen gegen ihre Theilnahme für Euch erwecken. Aber die Verhandlungen der Nationalversammlung werden Euch belehren, wie durch fortdauernde Einbringung neuer Berathungsgegenstände es unmöglich geworden ist, rascher mit den Gesetzen vorzugehen, die Euer besonderes Wohl betreffen.

Man sagt Euch:

> daß diese Gesetze nicht mehr zur Berathung in der jetzigen Nationalversammlung kommen würden, weil das Ministerium und die Kammermehrheit mit aller Macht darauf dringe, die Verfassung zu berathen, und auf diese gewiß die Auflösung der Nationalversammlung unmittelbar folgen werde.

Die Berathung des Verfassungsgesetzes ist aber vor Allem nothwendig, denn davon hängt Ruhe und Ordnung und Sicherheit des Rechts im Lande ab, ohne welche kein Wohlstand möglich ist.

Wer die Verfassung nicht will, der will Gesetzlosigkeit.

Darum seid dankbar Denen, die mit aller Kraft für die Beschleunigung der Verfassung wirken.

Seht nach Frankfurt am Main!

Auch dort berathen Eure Vertreter, was dem deutschen Volke Noth thut, von dem ja auch Preußen ein Theil ist. Auch dort hat man erkannt, daß die schleunige Berathung der Verfassung vor Allem Noth thut. Daraus mögt Ihr entnehmen, daß keine andere Absicht das gleiche Streben der preußischen Nationalversammlung leitet, als die Sorge für das wahre Wohl des Landes.

Man sagt Euch:

> daß nach Feststellung der Verfassung um so weniger Hoffnung für Euch sei, weil dann die Nation in zwei Kammern werde vertreten werden, deren Erste, nur aus Bevorrechteten bestehend, nur den Vortheil gleich Bevorrechteter fördern werde.

Aber diese hingeworfene Besorgniß ist ohne allen Grund. Denn noch ist die Verfassung nicht festgestellt, und nach dem Entwurfe, welchen die Nationalversammlung vorgelegt hat, sollen Männer jeden Berufs, also auch Männer aus Eurer Mitte, in beiden Kammern mit demselben Rechte wie jeder Andere sitzen.

Wird also eine erste Kammer gebildet, so werdet Ihr auch in dieser eine Stütze gerechter Ansprüche finden.

Man sagt Euch:

> Die Staatsregierung versäume, für Euer Wohl zu sorgen.

Aber schon in den ersten Wochen nach Eröffnung der National-Versammlung wurden von Seiten des Ministeriums mit schlesischen Deputirten die in Eurem Interesse zu treffenden gesetzlichen Maßregeln berathen, und bald darauf wurde ein Gesetz-Entwurf über die unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten von der Staatsregierung an die National-Versammlung gebracht. Auch jetzt sind wieder Berathungen im Staats-Ministerium gepflogen worden, an denen ich selbst Theil genommen habe, auf welche Weise eine vollständige Aufhebung aller gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse am schleunigsten durchzuführen sei.

Man will Euch die Absichten des Ministeriums verdächtigen, weil seine Mitglieder dem alten Regiment angehörten.

Aber dieses Ministerium hat durch seinen Armee-Befehl vom 23. September den Beweis gegeben, daß es keine Reaction wolle, und daß es, seinem Programm getreu, im Vereine mit der National-Versammlung, die Rechte und Freiheiten des ganzen Volkes, also auch die Euren, zu wahren und zu fördern entschlossen sei.

Man sagt Euch:

> daß der König einem Gesetze, das gegen die Großen für Euch günstig wäre, seine Genehmigung nicht ertheilen werde, und daß Er Gesetzen, die einstimmig von der National-Versammlung angenommen, die Bestätigung versage.

Aber erinnert Euch daran, daß es der unbeschränkte König war, der vor 40 Jahren Euch aus der Erbunterthänigkeit befreite, und fragt Euch selbst, ob Ihr von dem constitutionellen König weniger Gerechtigkeit erwarten könnt.

Vernehmt, daß in derselben Zeit, wo man Euch vorspiegelt, der König werde dem Gesetz über die persönliche Sicherheit die Genehmigung versagen, dieses Gesetz schon mit seiner Bestätigung publicirt worden ist.

Danach ermeßt, was Ihr von den Verdächtigungen zu halten habt, die man Euch fälschlich als begründet darstellt! Sie fallen zurück auf das Haupt der Verläumder!

Wer Krone und National-Versammlung grundlos verdächtigt, wer dem Volke das Vertrauen zu beiden constitutionellen Gewalten raubt, der ist des Volkes Feind und schändet die Nation!

Erinnert Euch daran, daß als Bürger des preußischen Staates der schlesische Landmann Theil genommen hat an den Wohlthaten einer Gesetzgebung, welche seit einem Menschenalter die Nachbarländer vergeblich ersehnten, die ihnen jetzt erst ihre Abgeordneten erkämpfen mußten.

Erinnert Euch daran! und die Gedanken alter Zeiten werden nicht den landesverrätherischen Wunsch in Euch erregen, Eure Vertreter möchten lieber zu Wien als in Berlin tagen!

Wahret Euch, daß nicht unter dem Vorwande Euer Loos zu verbessern, Ihr Euch hinreißen laßt in die rasende Verblendung einiger Wenigen, welche, feindlich dem constitutionellen Königthum, Euch benutzen möchten, um andere Zwecke zu verfolgen!

Seht nach Frankfurt, seht nach Baden und Würtemberg, wo in diesen Tagen, aufgereizt von heuchelnden Volksfreunden, eine verbrecherische Schaar gegen das Recht und den Willen der Gesammtheit der Nation mit den Waffen in der Hand den blutigen Kampf heraufbeschworen und schmachvoll, mit Meuchelmord besudelt, unterlegen hat.

Erkennt, daß aus der Zwietracht die wahre Freiheit nicht entsproßt, und lasset meine Friedensmahnung in Eure Herzen dringen!

Bedenket, daß der Staat jede gewaltsame Störung der Ordnung mit starker Hand niederzuhalten verpflichtet ist.

Nöthigt mich nicht, seine Gewalt gegen Euch anzuzufen!

Ich würde meine Pflicht, wenn auch mit schwerem Herzen, mit aller Kraft erfüllen.

Breslau, den 29. September 1848.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien. Pinder.

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

(Sitzung vom 4. Oktober.)

Unter Grabow's Vorsitz wird nach Verlesung des Protokolls das am 30. v. M. diskutirte Gesetz über Sistirung der Ablösungsprozesse in der durch die Debatte erhaltenen Gestalt angenommen. Kosch erklärt in Betreff seiner Interpellation wegen Nichtzulassung jüdischer Aerzte zu militärpflichtigen Stellen befriedigt zu sein. Auf seine Veranlassung ertheilt Minister-Präsident v. Pfuel die Zusicherung, daß der § 5 des Gesetzes vom 6. Juli d. J. („die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ist fortan von dem religiösen Glaubensbekenntniß unabhängig,") in allen Fällen aufrecht erhalten werden solle. — Behnsch zieht seine Interpellation in Betreff einer den politischen Verbrechern polnischer Nation zu gewährenden Amnestie für heut zurück. — Man geht zur Berathung des Bürgerwehrgesetzes über. Vicepräsident Phillips übernimmt die Leitung. — Abschnitt XI Bürgerwehrgerichte. (§§ 87—103.) Der Entwurf hat 1) Kompagniegerichte, 2) Bataillonsgerichte. Das erstere besteht bei jeder Kompagnie aus 2 Zugführern, 3 Rottenführern und 3 Bürgerwehrmännern. Zu seiner Kompetenz gehören alle Disciplinarvergehen der Bürgerwehrmänner und Rottenführer der Kompagnie. Das Bataillonsgericht besteht aus 2 Hauptleuten, 2

Zugführern rc., ist kompetent für Disciplinarvergehen der Anführer der Kompagnien des Bataillons bis einschließlich des Majors. Den Vorsitz führt von den die höchste Stelle bekleidenden Richtern der älteste; bei gleichem Dienstalter entscheidet das Loos. Das Uebrige sind Bestimmungen zur Regelung der Kompetenz. — Borchardt und Temme haben Amendements aufgestellt, durch die sie die Bildung einer Bürgerwehrjury mit Staatsanwaltschaft vorschlagen. Aus 36 durch relative Stimmenmehrheit für jeden einzelnen Fall zu wählenden Bürgerwehrmännern treten 12 als Jury zusammen, die den Vorsitzenden durch absolute Stimmenmehrheit aus ihrer Mitte wählen. — Tamnau, Moritz und Schlinow bekämpfen die Amendements theils im Prinzip, theils in der Fassung einzelner Bestimmungen. Temme rechtfertigt dieselben. Bei der Abstimmung wird der ganze Abschnitt mit unwesentlichen Aenderungen angenommen, die Beschlußnahme über die §§ 40 und 41 jedoch ausgesetzt. — Abschnitt XII. Verfahren der Bürgerwehrgerichte (§§ 104-125.) Amendement von Borchardt und Temme im Sinne der früheren werden verworfen und die Bestimmungen des Entwurfs meist ohne Diskussion angenommen. Arntz will Erweiterung der Kassationsinstanz gegen die Erkenntnisse der Bürgerwehrgerichte. Der Justizminister macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, welche dies in der Ausführung haben würde. Vogelsang verlangt zu § 125: „Im Falle der Pflichtverletzung oder Unfähigkeit kann der Oberst, jedoch nur auf den Antrag der Kreisvertretung durch den König vom Amte entfernt werden.“ — Der Zusatz; „Die Vollstreckung der gegen den Obersten erlassene Urtheile ist ebenfalls durch die Kreisvertretung zu veranlassen.“ Auf Tamnau's Bemerkung, daß vor der definitiven Beschlußnahme über die zu den §§ 90 und 91 eingegangenen Amendements kein Beschluß hierüber gefaßt werden könne, wird auch hier die Diskussion ausgesetzt.

Abschnitt XIII. Besondere und transitorische Bestimmungen. (§§ 126—130.) § 126: Alle Angelegenheiten der Bürgerwehr sind porto-, stempel- und sportelfrei. Die Bureaukosten, so wie alle anderen Verwaltungskosten bestreitet die Gemeindekasse.“ Ohne Debatte angenommen. An § 127 knüpft sich eine lebhafte Diskussion. Er lautet: „Durch die Bildung der Bürgerwehr nach der Bestimmung dieses Gesetzes werden alle zur Bürgerwehr gegenwärtig gehörigen oder neben derselben bestehenden bewaffneten Korps aufgelöst. Die Mitglieder der Schützengilden dürfen sich weder dem Dienste in der Bürgerwehr entziehen, noch innerhalb derselben besondere Abtheilungen bilden; es ist ihnen aber unverwehrt, zu ihren sonstigen, mit der Bestimmung der Bürgerwehr nicht zusammenfallenden Zwecken als bewaffnete Korporationen fortzubestehen.“ Berends stellt das Amendement: „Bis zum Erlaß eines Gesetzes über allgemeine Volksbewaffnung haben die neben der Bürgerwehr bestehenden Korps das Recht, fortzubestehen, sie sind aber den Bestimmungen dieses Gesetzes unterworfen.“ Berends motivirt dasselbe: Für das Bestehen der Schützengilden hat man ihr Alter und ihre Privilegien geltend gemacht, für die jungen Korps mache ich ihre Jugend und ihre Verdienste um unsere Freiheit geltend. Die Jugend hat einen Anspruch auf die Volksbewaffnung, der durch die Bestimmung, daß ein Alter von 24 Jahren zum Eintritt in die Bürgerwehr befähige, vereitelt wird. Schramm will Pietät für die Jugend. v. Auerswald (Rosenberg): Die Jugend, die Pietät beanspruche, sei keine Jugend. Was Berends verlange, sei nichts Demokratisches, es sei etwas Exekusives, etwas Aristokratisches. — Eine Reihe von Amendements von Wegner, Kunth, Jahn, Seeger, Köhler bezwecken alle die Erhaltung der Schützengilden; Haase spricht für die Studentenkorps. Abstimmung: sämmtliche Amendements verworfen und der § 127 unverändert angenommen. — § 128 überträgt die in dem Gesetz der Bezirks- und Kreisvertretung beigelegten Verrichtungen bis zur Einführung der neuen Kreis- und Bezirksordnung den Regierungen und Landräthen. Ohne Debatte angenommen. — § 129. „Bis zur vollständigen Ausführung dieses Gesetzes bleiben die bereits ausgegebenen Waffen im Besitze der Gemeinden.“ Siebert beantragt: „Die den Gemeinden von Seiten des Staats bereits übergebenen Waffen verbleiben denselben, ohne daß sie dafür eine Entschädigung zu zahlen haben.“ Ministerpräsident v. Pfuel erklärt: Obgleich die zur gehörigen Ausrüstung der Armee erforderliche dreifache Garnitur von 800,000 Gewehren durch die bereits geschehene Vertheilung von 123000 an die Bürgerwehr beeinträchtigt sei, so wolle er dieselben dennoch, vorausgesetzt, daß nicht dringende Kriegsfälle ein Anderes nothwendig machen, der Bürgerwehr bis zur vollständigen Ausführung dieses Gesetzes belassen. Fleischer sieht in dem § 129 eine Beeinträchtigung der kleinen Städte vor den großen, und namentlich eine Zurücksetzung der Ostseeprovinzen. Berends bemerkt: Vom Ministertische sei früher erklärt worden, der Staat werde die Ausrüstung der Berliner Bürgerwehr übernehmen. v. Auerswald (Rosenberg): Unter dem Ministerium, welches vom März bis Juli die Verwaltung geführt, sei eine solche Zusicherung nicht ertheilt. v. Auerswald (Frankfurt): Auch unter dem späteren Ministerium nicht. Berends bleibt bei seiner Behauptung. v. Auerswald (Rosenberg) provocirt auf die stenographischen Berichte. § 129 wird angenommen.

§ 130: „Aenderungen, welche die künftige preußische Wehrverfassung und das allgemeine deutsche Wehrgesetz etwa nöthig machen, werden vorbehalten.“ — v. Berg hat (Namens des Abgeordneten Bloem) den Antrag gestellt: „Gegenwärtiges Gesetz hat provisorische Geltung bis zur Emanirung eines organischen Gesetzes über die gesammte Volkswehr.“ — v. Plönnies: Diese nichtssagende, an die veralteten Gesetzesformeln erinnernde Klausel sei doch zugleich ein Mißtrauensvotum, das man dem Bürgerwehrgesetz am Schluß der Berathung auf den Weg geben wolle. Schulz (Wanzleben) erinnert, daß die Ausführung des Gesetzes bis nach Emanirung der Gemeindeordnung suspendirt werde. Temme: Wenn je der Ausspruch eines berühmten Juristen wahr ist, daß die gegenwärtige Zeit keinen Beruf zur Gesetzgebung hat, so, glaube ich, hat es die hohe Versammlung bei diesem Gesetz bewiesen. (Lärm zur Rechten.) Das Institut soll ein volksthümliches sein und Sie haben es zu einem polizeilichen gemacht. — Der Redner geht einzelne Bestimmungen durch. Glauben Sie, schließt er, daß dieses Gesetz je die Zustimmung des Volkes erhalten wird? Stimmen rechts: Ja. Temme: Ich glaube es nicht. Köhler: Wir sind das Volk. Temme: Nur wenn wir einträchtige Kommunalverfassung haben, läßt sich Etwas von einem solchen Gesetze hoffen. Er erklärt sich für das Schulzsche Amendement. Schulz: Das Gesetz ist ein Hohn auf die uns ertheilten Zusicherungen. (Furchtbarer Tumult zur Rechten, schallender Beifall zur Linken.) Man verlangt, daß der Redner zur Ordnung gerufen werde. Der Präsident stellt endlich die Ruhe her. Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Bei der Abstimmung ergiebt die Zählung 141 für, 151 gegen das v. Bergsche Amendement. Da die Differenz weniger als 15 beträgt, so kann auf namentlich Abstimmung angetragen werden. (Gesch.-Ordn. § 52). Plath stellt diesen Antrag und derselbe wird unterstützt. Das Resultat ist jetzt: 148 für, 152 gegen das Amendement. Hiermit wird die Sitzung geschlossen (4 Uhr).

—* [Interpellation wegen der vom Grafen Brandenburg erlassenen Bekanntmachung.] Als Nachtrag zu dem Berichte über die Sitzung der National-Versammlung am 2. Oktober theilen wir die Antwort des Minister-Präsidenten auf die **Brill**sche Interpellation vollständig mit:

Kriegs-Minister v. Pfuel: Nachdem die Interpellation am Montage, heute vor acht Tagen, eingegangen war, so ward auf der Stelle hingeschrieben nach Breslau, um die nöthigen Materialien herzuschicken.

Diese Materialien sind erst am Freitage hier angekommen. Es war also nicht eher möglich, als am heutigen Tage, dieser Interpellation Antwort zu stehen.

Die Bekanntmachung des kommandirenden Generals des 6. Armee-Corps vom 21. September d. J. erkennt an, daß die mit gesetzmäßiger Freiheit nothwendig verbundene Ordnung zunächst von den Civilbehörden durch die Bürgerwehr herbeizuführen sei, erklärt es aber für eine Pflicht der Militärbehörde, solchen Exzessen gegen Militärwachen, der Bewachung des Militärs anvertraute Gebäude und gegen Militärpersonen in Bezug auf ihr dienstliches Verhalten, wie sie in Breslau vorgekommen seien, auf das bestimmteste zu begegnen, wenn sie ferner stattfinden sollten.

In Bezug auf die vorgekommenen Exzesse geht aus einem Berichte des kommandirenden Generals Folgendes hervor:

In Breslau selbst waren diese Exzesse zunächst gegen den Kommandeur der 6ten Jäger-Abtheilung, Major Firks, gegen diese Jäger-Abtheilung selbst und gegen die Kaserne derselben gerichtet.

Während einer sechswöchentlichen Abwesenheit des Obersten der Bürgerwehr, General-Lieutenant v. Safft, hatten sich die abendlichen Unordnungen in der Stadt gemehrt, und namentlich waren die sogenannten Katzenmusiken an der Tagesordnung.

Dieser Straßenunfug wurde größtentheils von dazu gedungenen Personen ausgeführt. Es soll in Breslau ein förmliches Büreau bestanden haben, wo Jedermann eine solche Demonstration für eine gewisse Geldsumme bestellen konnte. Nach der Höhe des eingezahlten Betrages setzte sich dann ein Kern von Ruhestörern in Bewegung, sammelte, was sich allabendlich von Herumtreibern und Lehrjungen an den Ecken fand, wurde dann wohl von der Bürgerwehr an Verletzung des Eigenthums gehindert, erreichte aber in der Regel den Zweck, unter den empörendsten Schimpfreden die sogenannte Katzenmusik auszuführen.

Dieses vielfach benutzte Einschüchterungsmittel sollte nun auch gegen Major v. Firks in Anwendung gebracht werden. Nachdem es gelungen war, einzelne Soldaten der demselben untergebenen 6ten Jäger-Abtheilung in die Versammlungen des demokratischen Klubbs hineinzuziehen, betheiligten sich dabei nach und nach gegen 70 Jäger, und man bemühte sich, durch Plakate voll der gröbsten Unwahrheiten, die alle Disziplin aufzulösen drohten, die Betheiligung möglichst allgemein zu machen. Die Vorstellungen, wodurch dieser Tendenz von militärischer Seite entgegengewirkt wurde, erregten unter den Wühlern eine große Mißstimmung gegen den Abtheilungs-Kommandeur, Major v. Firks. Man verlangte unter Anstimmung einer Katzenmusik die sofortige Freilassung einiger Jäger, die wegen Dienstvergehen arretirt waren, so wie die sofortige Abdankung des gedachten Kommandeurs, welcher übrigens jene Verhaftung gar nicht einmal veranlaßt hatte. Nach einer halben Stunde erschien Bürgerwehr, und unter den gemeinsten Schimpfreden, so wie mit der Androhung täglicher Wiederkehr bis zur Erfüllung der Forderungen, verliefen sich allmälig die Tumultuanten.

Am zweiten Tage eben so. Keiner wurde arretirt. Dem Major v. Firks wurden 2 Rthlr. von Einem abgefordert, und als er sich dessen weigerte, erhielt er kurz darauf einen Zettel mit der Anzeige: „Morgen um ½ 9 Uhr wieder Katzenmusik.“ Der ganze wohlgesinnte Theil der Stadt war empört über dies Gebahren und die mangelhaften Vorkehrungen. Das Militär zeigte sich ebenfalls höchst aufgeregt, und die Jäger wurden verhöhnt, daß sie ihren Kommandeur so preisgaben.

Am dritten Tage wiederholte sich der Exzeß, die Tumultuanten wurden durch die Bürgerwehr vertrieben diese aber marschirte sehr bald darauf wieder ab, und nach einer Stunde waren die Tumultuanten wieder da.

Während der Zeit hatten sich aber 50 bis 60 Leute in Jacken mit Stöcken in der Umgegend versteckt, stürzten sich, als die Katzenmusik wieder begann, auf die Exzedenten und vertrieben sie, unter Austheilung tüchtiger Schläge.

Als die Bürgerwehr kam, war Alles vorbei, kein Mensch war mehr auf dem Platz, und sie entfernte sich wiederum.

Unmittelbar darauf erschienen die Tumultuanten zum drittenmal wieder, eben so vor der Jäger-Kaserne, angeblich, um sie stürmen, da sie der Meinung waren, von Jägern vertrieben worden zu sein.

Vor dem Hause des Major v. Firks war Bürgerwehr erschienen. Eine Compagnie maschirte langsam auf und ab; vor ihr öffneten sich höhnend die Tumultuanten, schlossen sich hinter ihr aber wieder zusammen und setzten ungestört ihre groben Beschimpfungen des Majors und der Offiziere überhaupt fort. Der Tumult bei der Jäger-Kaserne nöthigte den Major v. Firks und die bei ihm anwesenden Offiziere, sich durch die Haufen der Tumultuanten dahin, von allen Seiten beschimpft und verhöhnt, zu begeben, und nur ihre vertheidungsfähige Haltung schützte sie vor Thätlichkeiten.

So weit es zur Kenntniß gekommen, fand dennoch keine einzige Arretirung, kein Waffengebrauch irgend einer Art statt. In der Nacht um 12 Uhr wiederholte sich an diesem Tage der Exzeß zum viertenmal, und diesmal wurde der Versuch zum Erstürmen des Hauses durch Erbrechen der Thür gemacht, deren Festigkeit glücklicherweise Widerstand leistete; die Bürgerwehr traf diesmal sehr spät ein.

Am vierten Tage wiederholte sich derselbe Exzeß nochmals. Die Entrüstung in der Stadt war allgemein; Offiziere und Soldaten waren in der größten Aufregung, und man mußte Exzesse erwarten, deren Folgen nicht zu berechnen waren, wenn nicht Abhülfe verschafft würde.

Nach den Vorgängen war diese auf dem bisherigen Wege nicht zu erwarten. Dazu kam ferner, daß von Soldaten zur Selbsthülfe schon geschritten worden war und deshalb ernstliche Besorgnisse für Erhaltung der Disziplin um so mehr gerechtfertigt waren, da die Leichtigkeit, dergleichen Exzesse in der Dunkelheit unerkannt, und ehe die Leute in ihren Quartieren zu sein brauchten, zu begehen, nur zu leicht Nachahmung finden konnte, was die übelsten Folgen hätte haben müssen.

Aus diesen Vorgängen ergab sich eine doppelte Gefahr, nämlich:

1) ein bedenklicher Anfang von subordinationswidriger eigenmächtiger Selbsthülfe der Soldaten,
2) die Gefahr, daß die befehligenden Offiziere in ihren Häusern eingeschlossen und dadurch außer Stand gesetzt werden könnten, ihre Pflicht zu erfüllen oder auch nur zu erfahren, was draußen vorgehe.

Die Erwägung solcher Gefahren hat den General Grafen v. Brandenburg zunächst zu seiner Bekanntma- vom 21. Sept. veranlaßt, namentlich zu dem ersten Theile derselben, der sich auf Breslau bezieht.

Zu dem zweiten Theile, der sich auf die Provinz bezieht, hat ihn vornehmlich der Umstand geführt, daß von vielen Seiten Berichte über die steigende Aufregung auf dem Lande eingingen, die durch Emissaire aller Art angeregt, galizische Zustände herbeizuführen drohten. Der Ausbruch von Unruhen bei Hultschin und Beneschau war von der Regierung für so gefährlich erachtet worden, daß sie für diesen Punkt allein ein ganzes Bataillon in Anspruch nahm.

Offenbar würden die disponiblen Militairkräfte nicht ausreichen, wenn an vielen Orten zugleich ähnliche Unruhen ausbrechen und zu deren Unterdrückung Truppen requirirt werden sollten. Es galt, nach der Ueberzeugung des Generals, einem Bürgerkriege in weitem Umfange vorzubeugen und zu diesem Zweck eine energische Haltung einzunehmen.

Der Graf Brandenburg hat fortwährend mit sämmtlichen Civilbehörden der Provinz und eben so auch mit dem Magistrate und der Bürgerwehr in Breslau im besten Vernehmen gestanden und keine Veranlassung gegeben, Mißtrauen in seine Absichten zu setzen.

Aus dem Gesagten sind die Absichten, welche der kommandirende Generrl des VI. Armee-Corps bei dem Erlasse der Bekanntmachung vom 21. September gehabt hat, im Allgemeinen zu würdigen.

Was nun die einzelnen Punkte dieser Bekanntmachung betrifft, so lautet der erste Punkt:

> Das Militair schreitet mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zur Herstellung der Ruhe und Ordnung ein, wenn die desfallsige Requisition durch die Polizei-Behörde, in Breslau durch den Magistrat, an dasselbe ergeht.

Dieser Punkt, gegen welchen auch von dem Herrn Interpellanten keine Erinnerung erhoben worden ist, bedarf keiner besonderen Rechtfertigung.

Der zweite Punkt lautet:

> Es rückt auf Anordnung der Militär-Behörde unmittelbar aus, sobald Militärwachen, so wie der Bewachung des Militärs anvertraute Gebäude oder Militär-Personen, bedroht werden, und stellt sich zu deren Schutz auf, wenn es erforderlich werden sollte.

Auch dieser Punkt ist völlig gerechtfertigt. Es versteht sich von selbst, daß das bloße Ausrücken der Truppen ganz der Anordnung der Militär-Behörde überlassen bleiben muß. Ausrücken heißt: „sich in Bereitschaft setzen." Von Einschreiten ist dabei noch nicht die Rede. Daß aber Militär in Bereitschaft gesetzt wird, wenn Militärwachen, wenn Gebäude oder Militär-Personen, deren Bewachung dem Militär anvertraut ist, bedroht werden und in Gefahr gerathen, das ist so natürlich, daß es keiner Rechtfertigung bedarf.

Der dritte Punkt der Bekanntmachung lautet:

> Es schreitet in den vorgedachten Fällen (d. h. bei der Bedrohung von Militärwachen, von Gebäuden oder Militär-Personen, deren Bewachung dem Militär anvertraut ist) unmittelbar ein, wenn die Polizei-Behörde oder die Bürgerwehr gar keinen oder ungenügenden Schutz gewährt und die Bedrohung der ad 2 gedachten Punkte und Personen in grobe Insulte oder Thätlichkeiten ausartet.

Auch gegen diesen Punkt läßt sich kein gegründeter Einwand erheben. Werden Militärwachen oder Gebäude oder Militär-Personen, deren Bewachung dem Militär obliegt, durch grobe Insulte oder Thätlichkeiten angegriffen, und erhalten sie von der Polizeibehörde und von der Bürgerwehr gar keinen oder ungenügenden Schutz, so befindet sich das Militär offenbar im Zustande der Nothwehr, und ist demnach — wie jeder Andere in gleichem Falle — unbedenklich berechtigt, sich gegen den Angriff zu vertheidigen. Wann dieser Zustand der Nothwehr eintritt, das läßt sich nicht nach allgemeinen Prinzipien, sondern nur nach den Umständen jedes einzelnen Falles beurtheilen. Die Beurtheilung muß daher der Behörde, welcher die Verantwortung dafür obliegt, überlassen bleiben.

Uebrigens ist unter „Militär-Behörde" nicht etwa der Befehlshaber einer einzelnen Truppen-Abtheilung, sondern der höchste Militär-Befehlshaber im Orte zu verstehen.

Daß im Allgemeinen das Militär zur Wiederherstellung der gestörten Ruhe und Ordnung nur auf Requisition der Civilbehörde einschreiten darf, ist von dem General Grafen v. Brandenburg nicht verkannt worden. Seine Bekanntmachung läßt darüber keinen Zweifel. Insbesondere ist das, was er in dem nicht dispositiven Theile seiner Bekanntmachung sagt, gewiß dazu geeignet, die Annahme zu widerlegen, als habe er es irgend auf Eigenmächtigkeiten abgesehen. Er sagt ausdrücklich, daß die Militär-Behörden angewiesen seien, stets die Hand dazu zu bieten in allen Fällen, wo ihnen die Pflicht obliege, einzuschreiten, in Gemeinschaft mit der Bürgerwehr zu wirken.

Wenn übrigens der kommandirende Geueral es für seine Pflicht erklärt, nicht allein, wie es ihm unzweifelhaft zusteht, in Vereinbarung mit dem Ober-Präsidenten, sondern äußersten Falles selbst unter alleiniger Verantwortung die Ruhe und Ordnung überall unter Anwendung der gesetzlichen Mittel herzustellen, so sind darunter zu verstehen: Fälle der dringendsten Noth, Fälle, wo Gefahr im Verzuge ist und wo die dem Ober-Präsidenten gesetzlich obliegende Mitwirkung absolut unmöglich ist.

Ich bemerke noch, daß der Ober-Präsident Pinder zu der Zeit, wo der General Graf von Brandenburg sich durch den Drang der Umstände zu seiner Bekanntmachung bewogen fand, hier in Berlin war, und daß er sich nachträglich mit den Maßnahmen der Militärbehörde durchaus einverstanden erklärt hat.

Aus der damaligen Abwesenheit des Ober-Präsidenten Pinder von Breslau erklärt es sich auch, daß der kommandirende General die in seiner Bekanntmachung enthaltene Warnung allein erlassen hat. Von einer Umgehung des Ober-Präsidenten, welcher mit dem Grafen Brandenburg im vollsten Einvernehmen steht, ist dabei nicht die Rede.

Nach diesen Erläuterungen kann ich die Interpellation des Herrn Abgeordneten Brill kurz dahin beantworten:

1) Kabinets-Ordres oder ministerielle Instruktionen, wie sie in dem ersten Punkte der Interpellation unter a. bis c. bezeichnet worden, sind neuerdings nicht erlassen.
2) Ich finde in Rücksicht auf die gefährliche Lage der Provinz Schlesien und auf die den kommandirenden Generalen nach ihrer Stellung und nach der Natur der Verhältnisse obliegenden Pflichten gegen den Inhalt der Bekanntmachung des Generals Grafen v. Brandenburg nichts zu erinnern, und habe daher keinen Grund, gegen diese Bekanntmachung einzuschreiten.

Berlin, 4. Oktbr. [Amtlicher Artikel des Staats-Anzeigers.] Der königl. Hof legt morgen, am 5. d. M., für Se. Durchlaucht den regierenden Landgrafen von Hessen-Homburg die Trauer auf acht Tage an.

Angekommen: Der General-Erb-Land-Postmeister im Herzogthum Schlesien, Graf v. Reichenbach, von Goschütz. — Abgereist: Der wirkl. geh. Ober-Regierungs-Rath und Direktor im Ministerium des Innern, v. Puttkammer, nach Danzig.

□ **Berlin**, 4. Okt. [Tagesber. des Corr.-Büreau's.] Seit einigen Tagen ist die Plakaten-Literatur wieder im Zunehmen begriffen, obgleich sich dieselbe meist nur mit bereits erörterten Fragen befaßt. Der „Demokraten-Verein der Königsstadt" erläßt einen Aufruf „an die Männer im Heere," in welchem vorzüglich darauf hingewiesen wird, wie die Löhnungszulage auch ein Werk der demokratischen Partei sei. Obschon man zuerst diese Zulage für unmöglich erachtet, habe man sich später doch durch das Dringen der Demokraten dazu entschließen müssen. Aber das sei noch nicht genug, es gäbe für den Soldaten noch andere Anforderungen, über die man sich verständigen müsse. Zu dieser Verständigung werden die Soldaten auf nächsten Sonntag eingeladen. — Ein zweites Plakat mit derselben Chiffre („Siebenter September"), unter welcher in der Spenerschen Zeitung eine Reihe von Aufsätzen über Verhandlungen der National-Versammlung erschienen sind, erregt in den verschiedensten Kreisen schon deshalb Aufmerksamkeit, weil von vielen Seiten behauptet wird, daß unter jener Chiffre Herr Harkort, ein Führer des rechten Centrums, seine und die Ansichten seiner politischen Freunde ausspreche. Das Plakat ist an die „Bürger-Wehrmänner unserer Stadt Berlin" gerichtet und behandelt den Erlaß des Bürgerwehr-Commandeurs Rimpler am 25. September. Der Verfasser sucht darin nachzuweisen, daß es ein Irrthum sei, wenn die Bürgerwehr sich berufen glaube, die Beschlüsse der National-Versammlung aufrecht erhalten zu müssen. Zwischen einem Beschlusse und einem Gesetze sei ein Unterschied, Gesetze aber entstehen nur durch König und Volk gemeinschaftlich. „Wollte die Bürgerwehr das Volk mit sammt dem Könige dieses Volkes, der ja der erste Mann ist aus dem Volke, mit Waffengewalt zwingen, einem Beschlusse, der noch nicht zum Gesetz erhoben worden, Gehorsam zu leisten, so wäre das zum Trotz unserer deutschen Freiheit — bewaffnete Reaktion." — Ein drittes Plakat: „der Reichsverweser und die Reichsminister" sucht die Aufmerksamkeit auf die letzten Erlasse der Centralgewalt, worin die Regierungen aufgefordert werden, den Mißbräuchen des Versammlungsrechts und der Preßfreiheit zuvorzukommen, zu lenken. Das Plakat schließt mit den Worten: „Wie gefällt Euch das Berliner? rc." — Aus Potsdam gehen uns Nachrichten über einen neuen Militärkrawall zu. Der dortige „politische Verein" hatte wie gewöhnlich gestern Abend eine Sitzung und nicht eben wenig Soldaten vom 1sten und 2ten Garde-Regiment waren gegenwärtig. Plötzlich sammelten sich vor dem Lokale eine Menge Garde du Corps und eine Anzahl von ihnen trat in das Lokal ein. Hier sollen nun die anwesenden andern Soldaten „Garde du Corps raus!" geschrieen haben. Die Garde du Corps fingen danach Prügelei an, wobei sie sich verschiedener eiserner Werkzeuge bedienten und dadurch erhebliche Verwundungen herbeiführten, die jedoch nicht blos Soldaten, sondern auch Civilisten getroffen haben. Es wurde Allarm geschlagen, die Bürgerwehr erschien und verhaftete die Ruhestörer. General v. Prittwitz hat die strengste Untersuchung versprochen. — Das Criminalgericht hat heute die Sentenz in dem wegen des „Republikanischen Katechismus" eingeleiteten Prozesse eröffnet. Der Verfasser, Literat Fernbach, und der Buchdruckereibesitzer Fähnrich sind von der Anklage entbunden der Schriftsteller Baader und Buchdrucker Bartz hingegen gänzlich freigesprochen worden. Die beiden erstgenannten haben über drei Monate in der Untersuchungshaft zugebracht. Das Urtheil wurde von der sehr zahlreich anwesenden Zuhörerschaft mit lautem Jubel aufgenommen. — Der hinter dem Redakteur der Zeitungshalle, Gustav Julius, in den heutigen Blättern wegen Majestätsbeleidigung und Erregung von Mißvergnügen erlassene Steckbrief macht ein ungewöhnliches Aufsehen. Man hofft, daß eine bald auszusprechende Amnestie die Angelegenheit erledigen werde. Wie indeß andererseits versichert wird, soll sich die auf den 15. Oktober allerdings in Aussicht stehende Begnadigung ausschließlich auf die in die Posener Ereignisse verwickelten Individuen erstrecken. — Die Berathung des Verfassungs-Entwurfs wird nächstens beginnen. Die zahlreich eingelaufenen Amendements lassen bereits die Heftigkeit der Kämpfe ahnen, welche die Diskussion hervorrufen wird. Zu den Eingangsworten der Urkunde: „Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen," hat der Abgeordnete Schneider von Schönebeck das Amendement gestellt: „Wir Friedrich Wilhelm, König der Preußen." Die Motive lauten: „Der Begriff der Worte „„von Gottes Gnaden"" gehört dem gestürzten absolutistisch-patriarchalischen Regierungssysteme an. Es haben jene Worte gegenwärtig ihren Sinn verloren, und würde deshalb ihre Beibehaltung unnütz, wenn nicht gefährlich sein. Die Worte: „König von Preußen" sind in „König der Preußen" zu ändern, da ein konstitutioneller König Fürst des Volkes, aber nicht Eigenthümer des Reiches ist."

≏ **Berlin**, 4. Oktober. [Notizen.] Oberst Fischer, bekanntlich dem Kriegsministerium in Frankfurt attachirt, befindet sich hier, wie man hört, der deutschen Truppendislokationen wegen. — Der Bürgerwehrklubb hat eine Petition an die Nationalversammlung erlassen, dahin gehend, daß die letztere das Ministerium bestimme, den General Wrangel sofort aus seiner Stellung zu entfernen. — Das Resultat des Rodbertus'schen Antrags hat Annäherungen zwischen der Rechten und Linken zu Wege gebracht, welche eine Umwandlung der hiesigen parlamentarischen Chancen zur Folge haben könnten. — Da es entschieden ist, daß Herr v. Bonin in Bezug auf die Grundsteuer in die Fußtapfen des vorigen Finanzministers tritt, so hat der bekannte Grundbesitzerverein seine Hoffnungen aufgegeben. Herr von Bülow-Cummerow befindet sich seit gestern wieder hier.

Berlin, 4. Oktober. [Preußen soll an die Spitze Deutschlands gestellt werden. — Allerlei.] Ich kann Ihnen die höchst wichtige Nachricht mittheilen, daß die ganze Linke der sächsischen Kammer in der Berliner Demokratie einen Anknüpfungspunkt für sich und das Land zu suchen im Begriffe ist — zuvörderst in der hiesigen Linken. Es befindet sich eine Deputation aus Mitgliedern der sächsischen Kammer hier, welche dies Vereinbarungswerk demnächst beginnen werden. Die sächsischen Herzogthümer werden nachfolgen und Süddeutschland wird endlich einsehen, daß das ihm so verhaßte „Berlinerthum" aufgegangen ist in dem Freiheits-Bewußtsein. Von den hiesigen volksfreundlichen Parteien wird ein Aufruf an die Deutschen vorbereitet, worin zum offenen Lossagen von dem jetzigen Frankfurter Parlament und zum Anschluß an Preußen gemahnt wird, an Preußen, das durch diese Theilnahme gekräftigt, für die Wendung der Dinge maßgebend werden muß. — Der Prinz Karl, Bruder des Königs, wird auf längere Zeit seinen Aufenthalt in Münster nehmen. — Der Redakteur der neuen Berliner Zeitung, Dr. Kruse, zeigt an, daß er seine Stellung aufgegeben, weil die Tendenz des Blattes von der dasselbe begünstigenden Partei für zu freisinnig befunden worden sei. Man sagt, diese Partei sei die in Potsdam hausende Kamarilla. — Von den Schutzmännern sind 200 entlassen worden. Es herrscht darüber große Erbitterung unter ihnen. — Der partriotische Verein zeigt heute an, daß der Graf Breßler aus Schlesien (?) nicht sein Mitglied gewesen sei.

[Voß. Ztg.] Man hätte geneigt sein dürfen, die Nachricht, der ehemalige Minister Milde werde als Generaldirektor der preußischen Eisenbahnen eine Stellung erhalten, für eins jener vielen unbegründeten Tagesgerüchte zu halten. Allein das Faktum scheint sich zu bestätigen. — Dem Vernehmen nach wird der General-Steuer-Direktor Kühne, der schon zum 1. Oktober aus seiner Amtsthätigkeit ausscheiden sollte, in derselben verbleiben. Jedenfalls wird der Staat dadurch einen höchst einsichtsvollen Beamten von langjähriger Erfahrung erhalten, mit dessen Entfernung und Ersetzung durch Andere man nicht so leicht sein sollte.

Posen, 3. Oktober. [Die Getreidehändler und die Bauern.] Die Getreidehändler haben gestern eine zweite gedruckte Ansprache an die polnischen Landleute gerichtet, in durchaus versöhnlichem Sinne, sie auf den Nachtheil hingewiesen, der ihnen schon aus den ersten beiden Markttagen, wo die deutschen Käufer gefehlt, erwachsrn sei, und sie ermahnt, den Einflüsterungen derjenigen, die darauf ausgingen, unter dan Bürgern eines Staates, den Kindern eines Gottes Zwietracht und Haß zu säen, fortan nie mehr Gehör zu geben. Großes Verdienst in dieser Angelegenheit soll sich auch der polnische Gutsbesitzer und Abgeordnete in der Berliner National-Versammlung Herr Alfons v. Taczanowski, ein ebenso besonnener, wie gebildeter Mann, erworben haben. Derselbe ist, wie wir hören, dieser Sache wegen, von Berlin herübergekommen, hat sämmtliche hiesige Getreidehändler zu sich ins Hôtel de Dresde einladen lassen und nen dort die Versicherung gegeben, daß ein großer Theil der polnischen Besitzenden jenen rekriminirten Maßnahmen des polnischen Adels aus Ueberzeugung ganz fremd geblieben sei, und daß diese Gemäßigten auch nicht Anstand nehmen würden, ihre Ansichten öffentlich auszusprechen. (Pos. Ztg.)

Köln, 4. Sept. Die Kölnische Zeitung enthält folgende Bekanntmachung: „Mit Rücksicht auf die nunmehr wieder eingetretene Ruhe der Stadt wird der Belagerungs-Zustand hiermit aufgehoben und die betreffende Verordnung vom 26. September d. J. außer Kraft gesetzt. — Köln, den 2. Oktober 1848. — Königliche Kommandantur: Kaiser, General-Major. Engels, Oberst und zweiter Kommandant."

Düsseldorf, 3. Oktober. Freiligrath wird eben von den Geschworenen freigesprochen. Unter dem Zuströmen der ganzen Bevölkerung wird er, indem ein Blumenkranz über seinem Haupte gehalten wird, im Triumph durch die Stadt geleitet. Damen werfen ihm Kränze und Blumen zu. (Düsseld. Z.)

Koblenz, 2. Oktober. [Schlägerei zwischen Militär und Civil.] Gestern Abend hatte dahier eine furchtbare Schlägerei zwischen Militär vom 26. und 27. Regiment, so wie Ulanen einerseits und Civilisten andererseits im Colling'schen Tanzsaale statt, wobei auf beiden Seiten bedeutende Verwundungen vorgefallen sind. Dem von seinem Seitengewehre Gebrauch machenden Militär wurde dasselbe abgenommen und letzteres zur Thür hinausgeworfen. Eine Untersuchung ist eingeleitet. (Mosel-Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 1. Oktober. [Die gegenwärtige Physiognomie der Stadt] ist wohl die eigenthümlichste, welche irgend eine in Deutschland haben kann. Der lebendigste Schlußverkehr der Messe, das aufgeregte Parlaments- und Reichswesen, die vielen Neugierigen und Fremden, die Ueberbleibsel des kürzlichen Aufstandes, die heiteren lebenslustigen Inländer, und zwischen Alles hindurch der — wenn auch noch so milde — Belagerungszustand. Das heißt, auf allen Plätzen, vor allen Thoren Lager und Beiwachten von Truppen aller Waffengattungen; preußische Linie, hessisches Fußvolk, österreichische Jäger und Musketiere, baierische Chevaulegers, württembergische Ulanen; das bunteste Gemisch von Uniformen kameradschaftlich durcheinanderwogend; Abends an den Wachtfeuern deutsche Reichstruppen aller Stämme verbrüdert. Sie begegnen und salutiren sich auf Patrouillen, sehen einander zu exerciren, gehen freundschaftlich mit dem Volke spazieren, das ihre Sängergruppen Abends umsteht. Böhmische Lieder, deutsches Schleswig-Holstein erklingen mit einander harmlos durch die Luft, und doch stehen die Kanonen bespannt, die Kavaleriepferde gesattelt, lagert die Infanterie marschfertig im Freien. An einen neuen Versuch, das Parlament zu überrumpeln, ist nach meiner Ueberzeugung nicht zu denken. Auch die ganze Umgegend ist vollständig besetzt. Man sieht es dem hiesigen Volke wahrlich deutlich genug an, daß der Frankfurter keinen Theil an dem Unfuge nahm, der ihn selbst nicht minder wie die Versammlung unvermuthet betroffen hat. Wen ich auch hier sprach, der kannte nur die Eine Sorge, das Standrecht möge, als vielleicht zu spät erlassen, nicht gegen den gefangenen Struve angewendet werden! Zitz ist zurückgekehrt, und ein Abgeordneter versicherte auf eine desfallsige Frage mit Recht, daß er natürlich nirgend sicherer als in Frankfurt sei. Man ist der Meinung, er werde sich für jetzt ziemlich ruhig verhalten, um den etwaigen üblen Folgen der eh gestern in der Nationalversammlung erlassenen Gesetze zu entgehen. Die äußerste Linke macht immer neue vergebliche Versuche, dem Belagerungszustande ein Ende zu setzen. Die Sitzungen haben übrigens so ziemlich ihre frühere natürliche Würde wieder erlangt, und wenn auch unverkennbar, daß die Versammlung seit ihrem Beginn bedeutend an nachhaltiger Kraft und Energie verloren hat, so kann doch eine solche vorübergehende Abspannung den Riesen der deutschen Volksvertretung von Trier bis Memel, von Botzen bis Tondern nicht ganz erniedrigen. — Die Meinung gewinnt hier immer mehr festen Fuß, daß binnen Kurzem etwas Wesentliches geschehen müsse, neues Leben und frische Kraft so wie ein erhöhtes öffentliches Ansehen in die Nationalversammlung zu bringen, wenn sie nicht ganz und gar so wie der deutsche Rhein im Sande verrinnen solle. Die Mehrheit ist auch schon unbedingt darüber einig, daß das beste geeignetste Mittel, das deutsche Volkshaus zu einem neuen Dasein zu verjüngen, die Selbsterschaffung einer naturgemäßen Opposition und Wetteiferung in einem zweiten oder Staatenhause sei. Die zweite, so eben erschienene Zuschrift des Ritters Bunsen an die Nationalversammlung gewinnt dem unermüdlichen Staatsmanne vielleicht in dieser Beziehung wirklich einmal eine praktische Bedeutung, und der allerdings nicht zuerst von ihm ausgehende Vorschlag, **das Staatenhaus aus Mitgliedern der deutschen Provinzial-Abgeordneten und Regierungen zusammenzusetzen, dürfte wahrscheinlich bald ausgeführt werden.** Deutschland hätte alsdann eine befriedigendere Vermittlung zwischen seinen Staaten und seiner Centralgewalt gefunden, als die jetzigen Vertrauensmänner gewähren können. Es ist nichts mehr zu wünschen, als daß man sich über diesen am Ende unausbleiblichen Schritt einige, ohne vorher eine neue Katastrophe so oder so abzuwarten. Die Centralgewalt scheint Gottlob anzufangen, sich zu fühlen und energischere Schritte zu thun, intensivere Kräfte zu entwickeln. Mit Sehnsucht und gespanntester Erwartung sehen alle Vaterlandsfreunde dem Augenblicke entgegen, wo sie endlich auch ihre Pflicht, der zweideutigen österreich. Regierung gegenüber erfüllt, und ihr das Pistol des entscheidenden: Entweder — oder! auf die Brust setzt. Leider stehen der Centralgewalt immer noch zu wenig geistige Kräfte zu Gebote. Alle Stellen kann man auf die Dauer unmöglich aus der Versammlung selbst besetzen, da berathende Talente selten zugleich verwaltende oder organisirende sind. Der Stellenjäger, zumal aus dem Norden, sind hier unzählige, aber der produktiven Talente darunter äußerst wenige. Man stellt wohl hin und wieder aus Noth Manchen an, der nirgends stichhaltig ist, wenn er nur irgend äußerlich repräsentirt und keine hohen Ansprüche an Gehalt macht. Kenntniß der französischen Sprache, Empfehlungen einflußreicher Männer, zu deutsch Nepotismus, sind dabei maßgebend. — Die übertriebenen Nachrichten über die neuesten württembergischen Zustände, welche man am Rhein und in Preußen so glaubhaft zu verbreiten wußte, haben hier keinen Augenblick die Besonnenen getäuscht, und man bleibt nach wie vor überzeugt, daß es in jenen Gegenden nicht auf solche Weise zum Aeußersten kommen kann. In unsern Gegenden soll das gemeine Volk immer erbitterterter auf Preußen gesinnt werden. Die Gebildeteren, Denkenderen der Nationalversammlung und des Volkes nähern sich Preußen dagegen von Tag zu Tage ernstlicher. Gott gebe, daß dort bald ein starker bewußter Geist an die Spitze tritt, der diese Thatsache im ganzen Umfange ihrer Folgen und Folgerungen würdigt. Von unseren Fractionen scheint die des württemberger Hofes die bedeutendste Zukunft in der nächsten Zeit erlangen zu sollen. (Leipz. Z.)

□ **Frankfurt a. M.**, 2. Oktober. [89. öffentliche Sitzung der deutschen Reichsversammlung. Tagesordnung: Wahl des Präsidenten und der beiden Vicepräsidenten. — Fortsetzung der Berathung über Artikel VII. der Grundrechte.] Nach Genehmigung des Protokolls zeigt der Präsident den Austritt von 4 Mitgliedern an, unter denen Jak. Grimm, Dr. Würth, Glück ꝛc. Jordan aus Berlin berichtet Namens des Marine-Ausschusses: Der Ausschuß verkennt die schwierige Stellung des Ministeriums nicht, hält aber die Antwort auf die Interpellation des Abgeordneten v. Reh für nicht angemessen und stellt den Antrag, die Nationalversammlung möge beschließen, das Ministerium aufzufordern, den Beschluß der Nationalversammlung vom 14. Juni d. J. in Ausführung zu bringen und die 3 Millionen Thaler für die deutsche Flotte sofort flüssig zu machen. Reichsminister Schmerling: Er müsse auf mehrere Interpellationen antworten, namentlich auf die des Hrn. Zimmermann: „welche Maßregeln hat das Ministerium ergriffen in Bezug auf die in Ungarn verübten Gräuel gegen Deutsche?" Er entgegnet hierauf: Eine bedeutende Anzahl Deutsche haben sich durch langjährige Ansiedelung in Ungarn das dortige Staatsbürgerrecht erworben, daher könne Deutschland für sie Nichts thun, weil sie, unter ungarischen Staatsgesetzen stehend, auch von denselben beschützt würden. Ein anderes sei es mit den Deutschen, die blos einen temporären Aufenthalt in Ungarn nehmen, und in Bezug auf solche sei keine Klage vorgekommen, die besondern Schutz veranlaßt hätte. Eine zweite Interpellation betrifft die Sendung eines Gesandten von Seite der Centralgewalt an die ungarische Regierung. Er entgegne, daß keine europäische Macht in diplomatische Verbindungen mit Ungarn eingetreten sei. Bezüglich des Schutzes der deutschen Juni-Gefangenen in Paris, so sei dem Bevollmächtigten der Centralgewalt bei der französischen Republik die Weisung zugegangen, im betreffenden Sinne zu wirken. Die französische Regierung habe auch schon erklärt, daß diejenigen Deutschen, die nur eines politischen Verbrechens sich schuldig gemacht hätten, den deutschen Regierungen sollten überantwortet werden. Der Gesandte sagt, dieses sei eine Begünstigung, die selbst der englischen Regierung abgeschlagen worden. Die rückständigen Wahlen in Oesterreich zur deutschen Reichsversammlung betreffend, habe das Reichsministerium des Innern die österreichische Regierung zur größten Beschleunigung der Sache aufgefordert. Dieselbe Regierung habe in einem Antwortschreiben ihren besten Willen zur Erledigung dieser Sache angezeigt mit dem Bemerken, daß man bei einigen Wahlen mit Schwierigkeiten zu kämpfen habe, die durch Vorurtheile von Seiten des Volkes veranlaßt worden wären, und die man nur mit der Zeit beseitigen könne. Auf die vierte Frage: „welche Stellung die Centralgewalt einnehme, den reaktionär-partikularen Bestrebungen Oesterreichs gegenüber," erklärt das Ministerium, daß es den reaktionär-partikularen Bestrebungen eben so entschieden entgegentreten werde, als denen der Anarchie. (Lebhaftes Bravo von dem Centrum und der Rechten.) Bezüglich der rückständigen Wahlen für Thiengen und Offenburg sei eine Aufforderung an die badische Regierung ergangen. Dieselbe habe hierauf auch schon erklärt, daß die Wahlen an beiden Orten ausgeschrieben seien und in Offenburg sei der auf der Flucht sich befindliche politische Flüchtling Advokat Kapp gewählt worden, wegen seiner Abwesenheit könne er aber natürlich nicht in die Versammlung einzutreten aufgefordert werden. (Gelächter.) Auf die Beschwerde der Altenburger Landstände habe er zu entgegnen: Das Reichsministerium habe beschlossen, in dortiger Gegend ein Truppenkorps aufzustellen aus strategischen Gründen und um die dortigen Regierungen in den Stand zu setzen, die Ordnung und die Gesetze aufrecht zu erhalten, und diese Truppenaufstellung werde so lange dauern, bis die Ordnung und die Ruhe dauerhaft hergestellt sein wird.

Abgeordneter Jahn interpellirt hierauf das Reichsministerium, weil es den Belagerungszustand nicht gehörig handhaben lasse, namentlich gegen Aufwiegler und Hochverräther und gegen die Zügellosigkeit der Presse (speziell nennt er die Reichstags-Zeitung) nicht energisch einschreite.

Auf die Interpellation des Abgeordneten v. Spandow: „Warum der General Wrangel eigenmächtig sein Kommando in Schleswig-Holstein niedergelegt habe?" erklärt der Kriegsminister v. Peucker: Der General Wrangel habe sein Kommando niedergelegt, weil der Waffenstillstand abgeschlossen, weil eine andere Wirksamkeit ihm angewiesen worden sei; er habe sein Kommando also mit Vorbehalt der Genehmigung der Centralgewalt in die Hände des Generals Bonin gegeben. Uebrigens, setzt der Minister hinzu, wurden die Truppen zurückgezogen, und ein kommandirender General ohne Armee sei nicht denkbar. (Bravo.) Lette stellt Namens des Ausschusses die Anträge, die Centralgewalt zu veranlassen, die Verhältnisse der Deutschen in Ungarn zu ermitteln und einen Gesandten als Vertreter der deutschen Nation nach Ungarn zu senden. Zimmermann stellt den Antrag, ebenfalls auf die ungarischen Verhältnisse bezüglich, daß die Erklärung des Ministeriums nebst dem Antrage dem Ausschuß zur Begutachtung überwiesen wird. Berger aus Wien: Ich beantrage, daß von Seiten der Central-Gewalt die österreichische Regierung unter einem Präjudizial-Termin aufzufordern sei, bis welchen die Wahlen zur deutschen National-Versammlung bewerkstelligt sein müssen. Ferner die österreichische Regierung über ihr Verhältniß zur Central-Gewalt zu befragen. Wigard erklärt, daß die Rechtfertigung des Ministers Schmerling bezüglich der Truppenüberziehnng der sächsischen Herzogthümer ihm nicht genüge und will die Sache dem betreffenden Ausschusse überwiesen haben.

Unter allgemeinem Gelächter und Beifall stellt Abgeordneter Jahn nochmals den Antrag: **die zügellosen Zeitungen sollten der Theilnahme des Aufruhrs bezüchtigt werden, und die Mitglieder der sogenannten Linken wegen Aufruhr und Hochverrath zur Untersuchung gozogen werden.** Dieser Antrag wird selbst von der Linken sehr lebhaft als dringlich durch Zuruf unterstützt. Meyer aus Liegnitz stellt den Antrag: dem General Wrangel sei der Dank der Nation sammt seinen tapfern Truppen auszusprechen. Fuchs sagt, das Verfahren Wrangels verdiene eher eine Mißbilligung als einen Dank. Die Versammlung beschließt mit großer Majorität den Antrag des Abgeordneten Meyer anzunehmen. — Der Präsident verliest hierauf mehrere eingegangene freiwillige Beiträge für die deutsche Flotte. Hierauf wird der Tagesordnung gemäß zur Wahl eines Vorsitzenden geschritten.

Das Wahlresultat ist: v. Gagern erhielt von 377 Stimmenden — 307. Robert Blum: 46; v. Trützschler 20; Hermann aus München 2; Heinrich Simon 1; Siemens 1. Herr v. Gagern äußert sich ungefähr folgendermaßen: Meine Herren! Die große Stimmenmehrheit bei dieser wichtigen Wahl verpflichtet mich, Ihnen meinen tiefgefühlten Dank auszusprechen. Ich werde alle Kräfte aufbieten, das übertragene Amt gewissenhaft zu führen, und die strengste Unparteilichkeit dabei beobachten ꝛc. Das Resultat der Wahl des 1. Vicepräsidenten Unter 367 Stimmenden erhielten: Simson 312, Hermann von München 130, v. Soiron 18, Mohr, Mohl und Jahn jeder 1 Stimme. 2te Vicepräsidenten-Wahl: von 368 Stimmen erhielten: Riesser 225, Hermann 119, Radowitz 7, Heinrich Simon 6, v. Soiron 3, v. Rothenhahn 2, Robert Blum 2, Jahn 1 und Trützschler 1.

Der erste Vicepräsident stattet der Versammlung für die neue Wahl seinen Dank ab. Er sei tief durchdrungen von der Ehre, neben dem Manne zu sitzen, der eben zum sechsten Male als Vorsitzender gewählt worden sei. „Meine Herren! Ihre Weisheit wird meiner Unerfahrenheit zn Hülfe kommen und Ihre Nachsicht wird mich stützen ꝛc." Für Simson ist eine Ersatzwahl in das Bureau nöthig, welche auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt wird. Hierauf wird zur Tagesordnung: Berathung der Grundrechte geschritten. Art. VII. § 27. Er heißt nach der Fassung des Ausschuß-Antrages: „Alle guts- u. schutzherrl. Grundlasten, Zehnten, ländliche Servituten, soweit diese letzteren der freien Benutzung und Kultur des Bodens hinder-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 234 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 6. Oktober 1848.

(Fortsetzung.)

lich sind, sind auf Antrag des Belasteten ablösbar."

Abgeordneter Rößler von Oels beantragt, über §§ 27, 28 und 29 des Art. VII. gemeinschaftlich zu berathen. Der Antrag wird angenommen, die andern §§ mit den vielen Amendements verlesen. Der § 28 heißt: „Ohne Entschädigung aufgehoben sind: a) die Gutsherrlichkeit, die gutsherrliche Polizei, sowie die übrigen einem Grundstücke zuständigen Hoheitsrechte und Privilegien, b) die aus solchen Rechten herstammenden Befugnisse, Exemptionen und Abgaben, c) die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande entspringenden persönlichen Abgaben und Leistungen. Mit diesen R chten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher Berechtigten dafür oblagen." § 29 heißt: „Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden ist ohne Entschädigung aufgehoben. Jedem steht das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden zu. Der Landesgesetzgebung ist es vorbehalten zu bestimmen, wie die Ausübung dieses Rechts aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu ordnen ist." Die Diskussion über diese drei Paragraphen wird auf Morgen verschoben, und nachdem über das Einschreiben der Redner eine Bestimmung getroffen worden, ist die Sitzung geschlossen. 1 Uhr Mittags.

[Die Reichsverfassung.] Wie wir aus guter Quelle vernehmen, sind die Arbeiten des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung jetzt so weit vorgerückt, daß eine Vorlage ehestens zu erwarten ist und die Beendigung des ganzen Werkes in nicht zu langer Frist in Aussicht steht. Folgendes haben wir darüber erfahren: Die Abschnitte vom Reich und der Reichsgewalt sind im Ausschusse durchberathen und revidirt, und werden dem Hause vorgelegt werden, sobald die Berichterstattung vollendet sein wird, was in einigen Tagen der Fall sein möchte. Berathen ist gleichfalls der Entwurf über das Reichsgericht, so daß nur noch einige Punkte der formellen Redaktion erledigt zu werden brauchen. Ueber den Reichstag — Staatenhaus und Volkshaus — wird von der Vorkommission in wenigen Tagen eine Vorlage im Ausschuß erwartet werden dürfen, so daß dann nur noch die freilich besonders schwierige Frage über die Anordnung der exekutiven Gewalt im Reiche übrig bleibt. Legt nun die Nationalversammlung frisch und energisch Hand ans Werk und läßt sich nicht in eine so kleine und zeitraubende Diskussion ein, wie es Anfangs bei den Grundrechten der Fall war, so ist zu hoffen, daß die deutsche Nation unter Gottes Schutz bald zur definitiven Constituirung ihrer Centralgewalt gelange. Der Entwurf über die Reichsgewalt soll sich übrigens in wesentlichen Punkten von der früher indiskreter Weise veröffentlichten Arbeit der Vorkommission unterscheiden, während in dem Abschnitt über das Reich namentlich die Bestimmungen, welche er über die Verbindung deutscher und nicht deutscher Länder enthält, Aufmerksamkeit erregen möchten. Für die künftige Stellung Oesterreichs zum Reich ist diese Frage von entscheidender Wichtigkeit; ihre Lösung macht es überhaupt erst möglich, den Bau der deutschen Verfassung zu vollenden. — Aus guter Quelle hören wir, daß die diplomatischen Verhältnisse zwischen Frankfurt und Paris nunmehr vollständig geregelt sind und an beiden Orten ständige Gesandte die beiden Länder vertreten werden.

Se. königl. Hoheit der Prinz Karl von Baiern, Kommandirender des 7ten und 8ten deutschen Armeekorps, ist gestern Abend gegen 11 Uhr hier eingetroffen. Der Prinz stieg im „Russischen Hofe" ab, wo die hier anwesenden königl. baierischen Offiziere Se. k. Hoheit empfingen und eine Kompagnie kurhessische Truppen die militärischen Honneurs machte. (F. J.)

Müllheim, 30. September. [Struve vor dem Standrecht.] Es ist 9 Uhr Morgens. Wir treten in den Rathhaussaal, wo der „Präsident der deutschen Republik" vor der standrechtlichen Kommission erscheinen soll. Kurz nach 9 Uhr treten die standrechtlichen Richter ein: die Hofgerichtsräthe v. Bodmann, Lugo und Betzinger (Mitglieder des Hofgerichts des Oberrheinkreises] und die Hauptleute Diemar (vom 1. großh. hess. Regiment), Lichtenauer (Befehlshaber der in Müllheim stationirten badischen Artillerie-Brigade) und Ruppert (vom badischen Leib-Infanterieregiment). Alsbald nachher wird Struve, begleitet von einer hessischen Wache, eingeführt. Es ist in demselben Saale, in welchem er vor einigen Tagen selbst über Leben und Tod verfügt und wo die „provisorische Regierung" diktatorisch geherrscht hatte. Struve, bleichen Angesichts, vernachlässigten Aussehens, weder arrogant noch servil, am wenigsten aber imponirend, schreitet an den Tischen vorüber und bleibt an dem Ende des richterlichen Tisches stehen, wo ihm die Fesseln abgenommen werden. Unter den Zuhörern bemerkt man auch den Reichs-Kommissar Grafen von Keller. — Der Vorsitzende, Hofgerichtsrath v. Bodmann, erklärt dem Augeschuldigten in wenigen Worten, vor welchem Gerichtshof er sich befinde und trägt dem Aktuar auf, die betreffenden Gesetze zu verlesen, auf deren Grund das gegen ihn eingeleitete Verfahren beruhe. Der Vorsitzende giebt sodnnn dem Angeklagten auf, einige Angaben über sein Leben mitzutheilen. Dieser antwortet mit einer übersichtlichen biographischen Skizze. Er erklart darin, von jeher republikanischen Grundsätzen zugethan gewesen zu sein. Er schließt mit dem Gedanken, daß er in dem Bestehen von 38 — von 35 „Fürstenthümern" in Deutschland — ein Unglück sehe. Er hat geendet; der Vorsitzende ermahnt ihn, hier nichts zu sagen, was eine Schuld auf ihn werfen könnte, und hält ihm sofort die Anklagepunkte, wegen deren er hier stehe, vor: den starken bewaffneten Einfall zum Umsturz von Thron und Verfassung in Deutschland, Vornahme von Regierungshandlungen, offenen Widerstand gegen die gesetzliche Macht, Kassenraub, Brandschatzung. Struve erklärt, die Thatsachen seien notorisch, er läugne sie nicht, das Läugnen widerspräche auch seinem Charakter, nur müsse er in Abrede stellen, mit einem zahlreichen Haufen und bewaffnet ins badische Gebiet eingefallen zu sein. Seine Begleitung sei beim Eindringen ins Land weder zahlreich noch bewaffnet gewesen. Der Vorsitzende fragt sodann, was er während seiner Flucht und während seiner Transportirung zur Niederdrückung des Aufstandes gethan habe. Struve erwiedert, er sei seit seiner Gefangennehmung in Wehr durch fanatisirte oder doch aufgeregte Bauern so sehr von der Welt abgeschlossen gewesen, daß er weder etwas zur Unterdrückung, noch zur Beförderung des Aufstandes habe thun können. Der Angeklagte bringt nun sein Bedenken gegen dies Gerichtsverfahren vor, dem er unterstellt werde, indem er sich darauf stützt, daß die Publikation des Standrechts am 26. d. M. erfolgt sei, und dieses dem Wortlaut der Publikation zufolge, nur auf die von jetzt an verübten, im Gesetze speziell angeführten politischen Verbrechen seine Anwendung finden sollte, während er schon am 25., also den Tag vorher und zwar um 11 Uhr Morgens festgenommen worden sei. Da er nun von da an keines dieser Verbrechen begangen habe, so scheine ihm, daß er dem Standrecht nicht unterstellt werden könne. Der Vorsitzende erklärt, hierüber werde der standrechtliche Gerichtshof entscheiden. — Dies die Hauptmomente des Verhörs, welches kaum eine halbe Stunde gedauert haben mochte, worauf sich der Gerichtshof in das Berathungszimmer zurückzog. Struve sprach für seine Lage fließend und präcis. Seine Stimme, sonst so gellend, wenn er die Massen harangirte, klang nicht unangenehm. Etwas, was die Gemüther ergriffen hätte, lag in seinen Antworten nicht, noch weniger etwas, was den Eindruck hätte machen können, hier trete eine geistige Größe zu Tage; wohl aber bewährte er diejenige Fassung, die es ihm möglich machte, in Kürze klar Dasjenige zu sagen, worauf es ankam. Die Berathung der standrechtlichen Kommission dauerte ungemein lange. Der Angeklagte saß unterdessen in sichtlicher Apathie auf seinem Stuhle. Endlich — es war unterdessen drei Viertel auf 11 Uhr geworden — öffnete sich die Thüre und der Gerichtshof trat wieder ein, um das gefaßte Urtheil auszusprechen. Todtenstille im Saal. Struve erhebt sich. Der Vorsitzende spricht in kurzen Worten das Urtheil dahin lautend, daß der Angeschuldigte nicht standrechtlich zu behandeln, sondern vor die gewöhnlichen Gerichte zu verweisen sei. Tiefe Sensation im Saale, wie sehr man auch auf dies Urtheil gefaßt war, welches wohl ohne Zweifel seinen entscheidenden Grund in dem auch von dem Beschuldigten angedeuteten formellen Gesichtspunkte hat, daß die Publikation des Standrechts zu spät eintrat, als daß Struve demselben ohne Formverletzung hätte unterworfen werden können. Die richterliche Kommission trat alsbald ab, zur Protokollirung der Sitzung. Dem Angeklagten wurden die Fesseln wieder angelegt, worauf er unter entsprechender Bedeckung in sein Gewahrsam zurückgebracht wurde.

(Freib. Z.)

Von der Schweizergrenze, 29. Septbr. Gestern Abend ist die Leopoldshöhe, die Schusterinsel und das Dorf Weil mit badischem Fußvolk und Reiterei besetzt worden, was dem Freischaarenunwesen, das gestern und vorgestern noch von Großhüningen aus getrieben wurde, ein schnelles Ende machen wird. Die Angaben über diese Freischärler stellen sich übrigens als sehr übertrieben heraus; aus zuverlässiger Quelle erfahre ich, daß gestern Morgen um 1 Uhr nur etwa 15 bewaffnete Freischärler (unter denen sich Becker aus Biel befand) bei Großhüningen über den Rhein gingen und die Schusterinsel besetzten. Unter großem Gelärm bewegte sich diese Handvoll Leute gegen die Leopoldshöhe hin, wagte jedoch nicht, dieselbe anzugreifen, da von dort aus Schüsse gegen die Freischärler fielen. Mit Tagesanbruch zogen Gardisten und bewaffnete Männer der Umgegend von der Leopoldshöhe gegen die Schusterinsel, was die Freischärler zum Rückzuge nach dem französischen Ufer des Rheins bewog.

(Karlsr. Z.)

Stuttgart, 29. Sept. [Antworts-Adresse.] Gestern Nachmittags um 4 Uhr wurde von S. königl. Majestät eine Deputation der Kammer der Standesherren empfangen, um die in dieser Kammer votirte Antworts-Adresse auf die königl. Thron-Rede bei Eröffnung des gegenwärtigen ordentlichen Landtages darzubringen. Der Präsident der Kammer, Fürst von Hohenlohe-Langenburg, trug die Adresse vor, in welcher unter anderm gesagt wird: „Unter den denkwürdigen Ereignissen der neuesten Zeit begrüßen wir vorzugsweise mit Freude die erhebende Idee der festen Einigung des gesammten deutschen Vaterlandes. Wir vertrauen, daß bei den Berathungen über seine künftige Verfassung Weisheit und Mäßigung vorwalten, und dann werden aus denselben die Größe und Wohlfahrt Deutschlands hervorgehen, deren Dauer verbürgt sein wird, wenn hierbei Verhältnisse, die in Sitten und Geschichte tief begründet sind, angemessene Beachtung erlangen. Der von Ew. königl. Majestät in Folge Ihrer so oft erprobten echt deutschen Gesinnung ausgesprochenen Anerkennung der errichteten deutschen Centralgewalt pflichten wir aus vollem Herzen bei und verkennen nicht, daß in Folge der Beschlüsse der deutschen National-Versammlung, wenn sie, wie wir hoffen, in nicht entfernter Zeit gesetzlich verkündigt worden, auch nicht unbedeutende Veränderungen in unserer bestehenden Landes-Verfassung geboten sein werden. Mögen dieselben zum Wohle des Volkes gereichen, das die vor bald dreißig Jahren durch freien Vertrag glücklich zu Stande gekommene Verfassung damals mit ungetheilter Freude aufgenommen hat." — Se. Majestät der König erwiederte: „Ich danke der Kammer der Standesherren für ihre loyalen treuen Gesinnungen, die sie Mir während Meiner Regierung so oft bewährt hat; Ich zähle mit Vertrauen auf ihren Eifer und ihre Einsicht, um die vorliegenden Geschäfte des Landtages zu befördern." (S. M.)

München, 1. Oktbr. [Das Vereinbarungsrecht des Militairs betreffend] ist nunmehr ein Kriegsministerialreskript ergangen, welches in den Hauptbestimmungen Folgendes besagt: „Wenn der bayerische Militär, welcher an Vereinen zu erlaubten Zwecken Theil zu nehmen wünscht, hieran so lange nicht wird gehindert werden, als die Theilnahme unbeschadet des Dienstes geschehen kann, so ist gleichwohl das aus dem Zwecke des Militärstandes folgerecht sich ableitende beschränkende Verhältniß nicht aus den Augen zu lassen. Jeder Baier hat verfassungsmäßig die Pflicht zum Kriegsdienste, und so wie er bei der Fahne steht, hat er die verfassungsmäßige Verbindlichkeit, den Militärgesetzen zu gehorchen, wie es der geleistete Fahneneid fordert. Dieser Gehorsam darf nach dem Wesen der Wehranstalt keiner Verzögerung unterliegen, denn hier muß dem Befehle, die rasche That folgen. Hieraus ergiebt sich von selbst, daß die persönliche Ausübung politischer Rechte mit dem Kriegsdienste unverträglich ist und daß dem Heere kein Recht zusteht, zu berathen. Auch außerhalb des Waffendienstes hat der Militär die Verpflichtung, sich den militärischen Gesetzen und Vorschriften gemäß zu verhalten. Das Bekritteln der dienstlichen Angelegenheiten kann niemals gestattet werden, und hierauf zielende Versammlungen bleiben den Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten verboten. Wer dagegen handelt, verstößt gegen die, solche Zuwiderhandlungen verbietenden militärischen Strafgesetze, welche in dieser Zeit, wo das Band des Gehorsams allein die Stärke und Ehre des stehenden Heeres begründet und erhält, mit allem Nachdrucke zu handhaben sind. Der gesetzliche Weg für Bitten und Beschwerden ist ohnehin durch die Dienstvorschriften genau bezeichnet u. s. w." (N. K.)

Altenburg, 2. Oktober. [Das Einrücken sächsischer Truppen. Aufregung.] Heute Mittag nach 1 Uhr rückten hier die sächsischen Truppen ruhig ein. Die Bürgergarde war an mehreren Punkten, Brühl drittes, Markt erstes, Roßplan zweites Bataillon aufgestellt, und namentlich vom dritten Bataillon wurden die Sachsen mit Hurrah empfangen, doch hörte man auch bei diesem Bataillon den Ruf: „Hecker und Struve sollen leben! die Republik soll leben! die deutsche Freiheit soll leben!" Der erste bedenkliche Auftritt ereignete sich aber nach dem Einmarsch der Truppen auf dem Markte, wo die Bürgergarde den eingerückten Truppen die Hauptwache nicht übergeben wollte. Erst nach dreiviertelstündiger Unterhandlung zogen die Bürger ab, und die Hauptwache wurde von sächsischen Linientruppen besetzt. Unter einem Theile der Bürger, der vom republikanischen Fie-

der angesteckt ist, ist die Aufregung allerdings groß, und es schließen sich ihr die sämmtlichen Proletarier, Handwerksgesellen, Arbeiter ꝛc., welche in einem bewaffneten Freikorps und einer Abtheilung Sensenmännern der Bürgergarde zugetheilt sind, an. Daß man gesorgt hat, die Massen noch mehr aufzuregen, davon ist ein gestern Abend auch unsern Truppen in der Kaserne zugesteckter Straßenanschlag ein Beleg. Indessen ist der gestrige Abend, einige unruhige Versammlungen vor dem republikanischen Kaffeehause abgerechnet, von dessen Stufen herab Parteiführer Reden hielten, ruhig abgegangen. (D. A. Z.)

Eisenach, 1. Oktober. [Studenten-Parlament. Krawall.] Das Studentenparlament hielt heute wieder Sitzung und einigte sich über das Prinzip, von dem aus es über die Reorganisation der Universitäten berathen will; es stellte folgende Punkte auf: Die Universitäten sind Nationalanstalten, der Nation liegt die Verpflichtung ob, sie zu erhalten. Die Professorenversammlung ließ diese Prinzipversammlung offen und stellte vielmehr gleiche Gesetze für alle Universitäten auf, um, wie ich mit Recht glaube, die Universitäten nicht zu uniformiren, sie nicht einseitig zu bloßen Unterrichtsanstalteu zu machen, vielmehr sie auch als Focus der deutschen Wissenschaft zu erhalten. In den übrigen Punkten wird sich das Studentenparlament, wie ich schon schrieb, den Jenenser Beschlüssen, resp. Minoritätsgutachten anschließen. — Heute früh war hier ein leidiger Krawall. Die Hälfte des hier garnisonirenden 2. weimarischen Bataillons sollte nach Weimar marschiren, da das 1. Bataillon aus Weimar ausgerückt. Die Bürger wollten sie aber, in der Befürchtung, es würde nun fremdes Militär in die Stadt rücken, nicht fortlassen, und hatten sich dicht vor dem Bahnhofe geschart, so daß ein Angriff mit gefälltem Bajonnet auf sie gemacht werden mußte. Anderthalb Kompagnien zogen endlich widerstrebend ab, nachdem die Offiziere alles aufgeboten, sie in die Waggons zu bringen, aber etwa 50 Mann erklärten, nicht fortziehen zu wollen, und mußten in die Kaserne zurückgeführt werden. Mit Jubel wurden sie dahin begleitet. Ohne das energische Auftreten des einen Hauptmanns wäre wahrscheinlich kein einziger Soldat marschirt, da die Soldaten erklärten, sie würden gern in's Feld gehen, aber nicht in andere deutsche Länder, um da zu „wer weiß was“ gebraucht zu werden. Würde in's Feld marschirt, so wäre überdies die Reihe an ihnen, und nicht am weimarischen 1. Bataillon, das schon in Schleswig gewesen; aber man wollte dieses weimarische Bataillon gewiß irgendwo „zum Pressen“ gebrauchen. Dem weimarischen Bataillon, das nach Altenburg marschirt ist, hat man erst vor der Front erklären müssen, daß es nach Altenburg und nirgend anders hin solle, eher ist es auch nicht abmarschirt. (D. A. Z.)

Schleswig-Holstein'sche Angelegenheiten.

Altona, 3. Okt. Wir erfahren aus Nordschleswig, daß eine dänische Truppenmacht von 22 bis 27,000 Mann in und um Veile und Horsens in Jütland concentrirt sei, und man will sogar behaupten, daß dänische Streifzügler auf dem schleswig'schen Festlande, bei Düppel Verschanzungen aufzuwerfen im Begriff sein sollen. Letzteres scheint uns weniger wahrscheinlich und theilen wir dies nur als eine allgemein angenommene Behauptung, die hier coursirt, mit. Was es aber mit den dänischen Streitkräften für Bewandtnisse hat, kann man aus den fortwährenden Drohungen der halboffiziellen dän. Blätter, in Bezug auf die Nichtannahme oder Annahme der Immediatkommission entnehmen. Der Kammerherr Reedz, der schlaue dänische Fuchs, könnte wohl in Berlin über den Zweck der Anhäufung von Truppenmassen an den schleswig-holsteinischen Grenzmarken genügende Auskunft geben, wenn nicht etwa das dänische Kabinet mit gewissen Dingen hinterm Berge zu bleiben für gut findet. Dänemark läßt sich von Rußland Depeschen schicken und handelt darnach. Daß man sich in Dänemark trotz der begründeten Friedensaussichten mit Deutschland, dennoch auf alle Eventualitäten gefaßt macht, geht aus einem königlichen Erlasse vom 23. v. M. hervor, welcher eine außerordentliche Aushebung der seither vom Kriegsdienst befreiten Bevölkerung Dänemarks verordnet. Zu welchem Zwecke? Weil es „auf Grund der gegenwärtigen Verhältnisse,“ so heißt es in dem Erlasse, „für nothwendig angesehen ist, die unter Waffen stehende Kriegsstärke zu vermehren.“

Oesterreich.

□ **Wien**, 4. Oktbr. [Tagesbericht des Korrespondenz-Bureau's.] In der Reichstagssitzung wird noch immer über die Semestralbewilligung zur Erhebung der Steuern berathschlagt. Da nach hiesiger Einrichtung die Steuern stets am 1. Oktober umgelegt zu werden pflegten, so wird durch diese Verzögerung der Debatte der Finanzverwaltung manche Verlegenheit bereitet. Sehr viele Stimmen, unter andern auch von heutigen Rednern, sprachen sich gegen die Verzehrungssteuer aus, die sich bei der unvermeidlich gewordenen Umbildung unseres Finanzsystems unmöglich in ihrer jetzigen Beschaffenheit wird erhalten können. Nur glauben wir, daß der jetzige Augenblick drängender Noth, wo alle alten Verhältnisse der Monarchie schwanken und die künftigen Beziehungen Italiens und Ungarns zum Gesammtstaate durchaus nicht festgestellt sind, wo weder die Fortdauer des Friedens, noch endlich die Konstitution des Vaterlandes festgestellt und verbürgt sind, zur Anbahnung von Reformen nicht am besten gewählt sein dürfte. — Die Regierung hat beschlossen, Scheidemünze in zwei neuen Gattungen auszugeben, nämlich Zweikreuzerstücke von Kupfer und Sechskreuzerstücke von Silber. — Das heute ausgegebene, an die Italiener gerichtete Manifest (s. unter Ober-Italien) verspricht ihnen die Gewährung aller wünschenswerthen Freiheiten, so wie die demnächst zu erfolgende Einberufung ihrer frei gewählten Volksvertreter an einem, erst zu bestimmenden Orte. Zunächst geht daraus hervor, daß selbst auf die Gefahr eines Zerwürfnisses mit Frankreich hin unser Kabinet Italien nicht aufgeben will — indeß hören wir aus guter Quelle, daß die Unterhandlungen mit Frankreich und Sardinien neuestens befriedigende Wendung genommen haben und daß man nur über die Modalität, wie das künftige Verhältniß Italiens zu den übrigen Staaten Oesterreichs zu regeln sei, noch nicht ganz klar geworden. Schwerlich wird man die Vertreter Italiens nach der Reitschule einberufen; denn abgesehen von den vielfachen Inkonvenienzen, welche der italienischen Abgeordneten Unkenntniß der deutschen Sprache veranlassen würde, steht auch unleugbar fest, daß die Mehrzahl derselben und zwar die weitaus überwiegende Mehrheit sich auf die Oppositionsseite setzen und damit der jetzigen Regierung und ihrem Systeme der Erhaltung der österreichischen Monarchie, als Ganzes, schwere Verlegenheiten bereiten dürfte. — Die Preßburger Schiffbrücke ist für Dampfschiffe gesperrt. Die Ungarn befürchten nämlich Truppentransporte oder die Ueberrumpelung der Festung Komorn. Die Waffenausfuhr nach Ungarn ist hier suspendirt worden. Man erwartet demnächst in Betreff Ungarns entschiedene Schritte der Regierung. Die Ermordung des Grafen Lamberg wird nicht gleichgiltig hingenommen werden. Hier ist es still. Alle Augen sind auf Ungarn gerichtet, wo, trotz allen Rodomontaden, noch kein entscheidendes Resultat erzielt zu sein scheint. Die Jellachich-Literatur wuchert hier auf allen Straßen in der üppigsten Weise. — In der gestrigen Abendsitzung des Reichstages hielt Dr. Brauner eine sehr gehaltvolle Rede in der Steuersache. Es ward beschlossen, so lange dieser Gegenstand sich auf dem Tapet befindet, das Interpelliren ganz bei Seite zu lassen. — Neuestes. Aus Pesth erfahren wir noch, daß die Läden für volle acht Tage gesperrt wurden. Graf Zichy-Langh, der sich für Jellachich erklärt hatte, ist richtig von den Stuhlweißenburger Bauern aufgehängt worden. Man erfuhr so eben, daß Jellachichs linker Flügel in Raab eingerückt sei. Es ist ihm solchergestalt gelungen, die Wien-Ofener Straße zu gewinnen und die Landkommunikation zwischen den Hauptstädten Ungarns und Oesterreichs zu beherrschen. (S. das Nähere hierüber weiter unten.)

L. **Wien**, 4. Oktbr. [Die ungarische, italienische und russische Politik.] Es ist definitiv entschieden, daß man österreichische Truppen, für jetzt 15,000 Mann nach Ungarn schicken wird, um Jellachich aus der Klemme zu helfen. Wir haben nun den Erfolg der treulosen Politik, dieser unverbesserten Auflage des Metternichschen Systems klar vor Augen. Die Nationalitäten werden in ihren innigsten Interessen tief verletzt, sie werden gereizt und aufeinander gehetzt, um in der Schwächung Beider seinen eigenen Vortheil zu finden. Jetzt läßt sich aber der brausende Volkssturm nicht so leicht zur Ruhe bringen, und es werden ihm Viele zum Opfer fallen. Die Massen werden aufgerufen sich dem andringenden Feinde gegenüber zu stellen, es sollen gegen 100,000 wehrhafte Männer von Ofen bis Komorn aufgestellt sein, und wer immer siege, ein furchtbares Schlachten wird dem Siege vorangehen. — Das kaiserliche Manifest in der italienischen Frage ist gleichfalls ein klarer Beweis, wie man auch in der auswärtigen Politik den alten Ueberlieferungen treu geblieben und in der Allianz mit Rußland die vorzüglichste Stütze sucht. Es heißt geradezu, die letzten sechs Monate desavouiren, sie aus dem Buche der Geschichte verdrängen, wenn das konstitutionelle Oesterreich, das an der Wiedergeburt Deutschlands sich betheiligende Oesterreich seine Allianz mit dem absoluten Rußland erneuert, das die deutsche Einheit als ein bloßes Traumgebilde, als eine Schöpfung unerfahrener Schwärmer in seinen diplomatischen Noten zu bezeichnen sich erfrecht. Dieses feste Anschließen an die nordische Macht spricht wohl eben so wenig für eine gesundere Politik in Bezug auf die Türkei und die Unabhängigkeit der Donaufürstenthümer, die aus dem sie verschließenden Protektorate Rußlands zu erretten, das eigene Interesse sowohl, wie der hohe Beruf Oesterreichs gebieterisch fordert. Es wäre die höchste Zeit, energischen Protest einzulegen gegen die Erklärung von Traktaten, die, wie Graf Nesselrode sich ausdrückt, n'ayant eux mêmes rien de commun avec l'ensemble des transactions sur la base desquelles est fondé le droit public de l'Europe. Die Sache Oesterreichs müßte es sein, die seine eigenen Staaten so hart berührenden, von einem deutschen Strome durchschnittenen Donauländer zu dem zu machen, wozu sie ihre Lage und die Sympathieen der zur Freiheit erwachten Völker bestimmen, zu Kolonien Deutschlands, zum Markte deutscher Industrie. Unser österreichisches Ministerium zieht es aber vor, die breitgetretene Bahn der alten Diplomatie zu wandeln, und der dynastischen Politik Oesterreichs getreu, den Besitz Italiens als die höchste Nothwendigkeit zu betrachten, statt den deutschen Standpunkt festzuhalten, und mit der Anerkennung gleichberechtigter Nationalitäten zugleich Deutschland zu kräftigen, und neue Abzugskanäle für seinen Handel zu eröffnen. Nun werden aber die Donaufürstenthümer dem edlen Protektorate des nordischen Kolosses preisgegeben, um im Falle einer französischen Intervention in Italien auf die Hilfe Rußlands rechnen zu können. Ja, man schämt sich nicht ein Mal den gewöhnlichen abgenutzten Kniff anzuwenden, und durch das Vorschieben Rußlands einen europäischen Krieg in Aussicht zu stellen, um die in ihrer Heimat beschäftigten Franzosen vom Interveniren abzuschrecken. Es ist noch immer der alte Geist, der in den Kabinetten spukt und der durch die heranbrechende Morgenröthe einer neuen Zeit nicht vertrieben wurde.

** **Krakau**, 3. Oktbr. [Ein Bauern-Aufstand.] Die Gazeta Krakowska theilt heute folgendes Schreiben aus Tarnow mit: „Am 29sten v. Mts. kam in Tarnow die Nachricht an, daß die Bauern in Jastrząb gegen den Edelmann aufgestanden sind. In Folge dieser Meldung begab sich der Kanzelist Merkel sofort mit einer Abtheilung Soldaten zu Wagen nach dem genannten Dorfe. Was sich dort zugetragen hat, wissen wir in diesem Augenblicke noch nicht, aber wir können schwerlich auf Gutes hoffen, denn nur zu gut wissen wir, wornach die Herrn Kreisbeamten streben, und wie sie den Augenblick erwarten, um die grausamen Scenen von 1846 erneuern zu können. Das aber wollen wir bemerken, daß wir uns heute andern Rath mit den Herrn Kreisbeamten wissen, als die Edelleute vor 2 Jahren.“ — Dasselbe Blatt enthält ferner folgendes Faktum: Der Kreisbeamte Kranser in Bochn forderte diese Tage ohne Weiteres die Bauern zum Aufstande gegen den Adel auf, indem er sagte, daß „die Freiheit endlich aufhören müsse“. Die Bauern antworteten ihm darauf, „daß sie nicht mehr daran denken, zum zweiten Male die Strafe Gottes auf sich zu laden, die sie so schwer erfahren haben, und daß die Beamten selber die Edelleute todt schlagen möchten, wenn sie Lust dazu haben, nicht aber auf polnischen Boden Polen gegen Polen aufwiegeln. Wenn es wahr sei, was ihnen die Beamten sagen, daß nämlich der Adel einen Aufstand beabsichtige, so hat er entweder eine gerechte Ursache dazu, oder die Regierung wird, wenn es ungerecht ist, die Schuldigen schon zu bestrafen wissen.“

---

§§ **Pesth**, 2. Okt. [Mörderisches Gefecht. Die beiden Zichy. Kroatische Ueberläufer. Der Landsturm.] Gestern hatte trotz des abgeschlossenen Waffenstillstandes ein theilweiser Kampf statt. Jellachich wollte nämlich seine Positionen ändern, was aber die Unsrigen in einem mörderischen Gefecht verhinderten. Jellachich soll sich etwas zurückgezogen haben und überhaupt an die Flucht denken. — In dem Lager wurden gestern die beiden Brüder Grafen Oedön und Eugen Zichy als Verräther gehenkt. Man hat bei ihnen verrätherische Verbindungen mit Jellachich entdeckt. Bei dem Erstern fand man auch Briefe von der Erzherzogin Sophie. Er war mit dem Fürsten Metternich verschwägert. — Ein ganzes Bataillon Grenzer, von denen, welche mit den Ungarn in Italien gekämpft, ist zu den Unsrigen übergegangen. — Der Kriegsminister Meßaros war gestern hier. Er brachte aus dem Lager bei St. Thomas 6000 Mann mit sich und ging heute ins Lager bei Martonvasar, 4 Stunden von hier, ab. 15,000 Bauern treffen heute ebenfalls dort ein. Der Landsturm wird heute auch in unserer Doppelstadt organisirt. Aus den slovakischen Comitaten hat man die bestimmte Nachricht erhalten, daß die dortigen pansiavistischen Unruhen bereits gänzlich niedergedrückt sind. Der berühmte Graf Zay hat es mit starker Hand gethan. Gestern wurde hier eine sehr bedeutende Baarsumme konfiszirt, welche aus Wien dem Jellachich zugesendet worden. Wir werden wahrscheinlich schon heute ausrücken.

[Proklamation. Allgemeine Bewaffnung.] Eine andere Korrespondenz aus Pesth vom 2. Oktober berichtet:

„In Folge des Beschlusses der gestrigen National-Versammlung wurde heute nachstehende Proklamation angeschlagen:

Mitbürger! Das unter dem Befehle des abtrünnigen Jellachich stehende feindliche kroatische Lager ist trotz der tapfern Gegenwehr unserer Armee bis Martonvasar vorgerückt. Die Staatsrechte unseres geliebten Vaterlandes, der heimische Heerd der städtischen Bürgerschaft und all jenes, was dem Vaterlandskinde heilig ist, schwebt in Gefahr. Mitbürger! Jetzt ist's an der Zeit, daß wir unsere muthig

begeisterte und entschlossene Armee aus vollen Kräften unterstützen und die Vernichtung des Feindes fördern. Der Hauptstadt des Landes werde der Ruhm zum Antheil, daß sie durch massenhaftes und furchtbares Auftreten dem zweifelhaften Kampf zu Gunsten des Vaterlandes einen Ausschlag gebe und so zur Rettung der bedrohten Freiheit uud des Wohlstandes ihrem großartigen Berufe gemäß, betheiligt werde. Ursache dessen hat die gefertigte Behörde beschlossen: daß Pesth's sämmtliche waffenfähige Männer ohne Ausnahme, heute in Masse zur Vertheidigung des Vaterlandes sich begeben sollen; um dieß zu bewerkstelligen und den Landsturm ordnen zu können, wird Folgendes festgesetzt: 1) Aller Handel und jedes Geschäft wird nach Maßgabe der sich zu entwickelnden Umstände längstens auf acht Tage, als bis zur Zurückkunft des bewaffneten Volkes eingestellt. 2) Ist jeder Mensch mit allen waffenfähigen Mitgliedern seiner Familien und im Allgemeinen mit seinen sämmtlichen Gehilfen am bestimmten Orte wegen Ausmarsch in das Lager verpflichtet zu erscheinen. 3) Jedweder soll auf zwei Tage mit Lebensmitteln und der es im Stande ist, mit was immer für Waffen sich versehend, erscheinen. Sämmtliche Hauswirthe werden für zwei Tage ihre Gehilfen mit Lebensmitteln versehen; zur Ausfolgung der Lebensmittel für Jedermann, so wie die Unbewaffneten zu bewaffnen, wird die Behörde besorgt sein. Heute wird zur gewissen Zeit Reveille geschlagen; alsdann hat das sämmtliche waffenfähige Volk gerüstet auf folgenden Sammelplätzen zu erscheinen, insbesondere die Nationalgarde-Bataillons. Das dritte Bataillon auf dem großen Marktplatz, das vierte Bataillon auf dem Josephsplatze, das fünfte Bataillon nächst dem Museums-Gebäude bei dem Kunewalder'schen Hause, das sechste Bataillon rückwärts der Karl- oder großen Kaserne auf der Landstraße. Diesen werden sich sämmtliche waffenfähige Einwohner der Stadt ohne Ausnahme anschließen, und zwar die Leopoldstädter dem 4ten, die innern Städter dem 4ten, die Josef- und Franzstädter dem 5ten, die Theresienstädter aber dem 6ten Bataillon. Nachdem der auf diese Weise geordnete Landsturm auf den bestimmten Plätzen zusammenkommt, wird die sämmtliche Einwohnerschaft in Masse versammelt, alsogleich unter Leitung ihrer Anführer vorbrechen. — Pesth, am 2. Oktober 1848.

Die städtische Behörde.

Diese Proklamation hat natürlich viele Tausende in die Waffen getrieben, und Alt wie Jung, Reich wie Arm eilt in die Reihen der Landesvertheidiger. Von der Nationalgarde werden jedoch einige Kompagnien zur Aufrechthaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit zurückbleiben. Vom Kriegsschauplatze nichts Neues, als daß Ban Jellachich einen Aufruf an unsere Offiziere erließ, des Inhalts, daß sie zu ihrer Pflicht, das heißt, zu seiner Fahne zurückkehren sollen.

Halb 2 Uhr Nachmittags. Es herrscht gränzenlose Verwirrung. Gestern Nachmittags war Volksversammlung unter dem Präsidium der Stadt-Behörde. Es wurde beschlossen, daß heute die Waffenfähigen in Masse dem Feinde entgegen marschiren sollen, was in diesem Augenblicke auch wirklich geschieht. Sämmtliche Läden müssen auf Befehl geschlossen bleiben. Unaufhörlich wirbelt der Generalmarsch durch die Straßen. Gegen die Wiener herrscht die größte Erbitterung, so wie überhaupt eine wahrhaft tigerartige Wuth in den untersten und gewissen andern Schichten der Gesellschaft. Das Mißtrauen ist auf das Aeußerste gestiegen, daher jeder Fremde in größter Gefahr schwebt. Alle Wohlhabenden sind bereits geflüchtet. — Heute gehen viele Tausend Proklamationen in kroatischer Sprache ins feindliche Lager, um die Kroaten zur Niederlegung der Waffen und zum Frieden zu bringen. — Der Banus soll sich gegen Mor und Dotis gezogen haben. — Der Zuzug der Bauern dauert unaufhörlich fort, ist aber nicht auffallend zahlreich."

Abends. Es herrscht Anarchie im höchsten Grade. Der Banus stand in Martonvasar; die Waffenruhe soll bis gestern Abends 6 Uhr fortdauern. Graf Eugen Zichy war am Sonnabend im magyarischen Lager, angeblich als Spion des Banus, kriegsrechtlich aufgehenkt worden. Graf Paul Zichy wurde als in Diensten des Banus betrachtet, als Gefangener erklärt. Gestern sind in der Gegend von Raab zu nicht geringem Erstaunen der Einwohner 4—5000 Kroaten angekommen. Es ist demnach klar, daß das Landvolk denselben nirgends Widerstand leistete. In der Umgegend von Pesth sind die Straßen mit Landstürmern, die nach Pesth eilen, bedeckt. Das Flüchten aus Ofen, Pesth und Preßburg nach Mähren und gegen die Grenze dauert ununterbrochen fort. — Eben eingehenden Nachrichten aus Raab, von gestern Abends um 6 Uhr, sind die kroatischen Truppen, 7—8000 Mann stark, ohne Schwertstreich alldort eingerückt; die Nationalgarde hatte sich überall zerstreut und keinen Widerstand versucht."

*** **Breslau**, 5. Oktober. Auf außergewöhnlichem Wege erhalten wir folgende wichtige Nachrichten:

Wien, 4. Okt. Abends 7 Uhr. Es wurde heute in der hiesigen Staatsdruckerei ganz im Geheimen ein Manifest des Königs von Ungarn gedruckt, welches heute nach Ungarn abgeschickt wurde. Der höchst wichtige Inhalt desselben ist folgender:

1) Der ungarische Reichstag ist aufgehoben.
2) Alle Beschlüsse desselben sind ungültig sobald sie nicht von Sr. Majestät schon signirt wurden.
3) Alle Congregationen sind aufgehoben.
4) Jellachich ist zum Civil- und Militär-Gouverneur ernannt *).
5) Alle Nationalgarden, Bürgerwehr und mobile Garde ist dem Befehle des Jellachich untergeordnet.

Das Manifest ist von Kaiser Ferdinand unterzeichnet. — Nachmittags 2 Uhr wurde Recsei zum Premie-Minister von Ungarn von Sr. Majestät ernannt und die nachträglich nach Ungarn geschickten Abdrücke des Manifestes sind von ihm mit contrasignirt. — Ferner gehen zwischen heute und morgen 20 Bataillone Militär und 6 Batterien nach Ungarn, um die Ausführung des Manifestes zu unterstützen.

(Oberitalien.) Aus Mailand bringen bie neuesten Nachrichten nichts Erhebliches. — Aus Padua wird vom 1. gemeldet, daß in Venedig eine Volksbewegung gegen Manin stattfand. In Folge deren sich derselbe veranlaßt sah, das Volk auf dem Markusplatz zu haranguiren. Er versprach, daß französische Hülfe zu erwarten sei!!! In der Nacht darauf entfernte er sich aus Venedig, und ist seit 4 Tagen nicht mehr erschienen. Es herrschte deshalb eine furchtbare Aufregung unter allen Parteien. — Die Festung Osoppo ist am 2. d. M. von unsern Truppen, bei denea sich Prohaska Infanterie befindet, beschossen worden. Am 4. soll es neuerdings bombardirt und mit Sturm genommen werden.

[Amnestie und Verfassung.] Die Wiener Zeitung vom 4. Oktober enthält folgendes kaiserliche Manifest:

„In der Hoffnung, den Frieden in allen Provinzen des lombardisch-venetianischen Königreiches bald wieder hergestellt zu sehen, und von dem Wunsche beseelt, dessen Bevölkerung aller der Freiheiten theilhaftig zu machen, deren die übrigen Provinzen des österreichischen Kaiserstaates sich bereits erfreuen, fühlen Wir das Bedürfniß Unsere Absichten in dieser Beziehung schon jetzt beknnnt zu geben. — Wir haben bereits allen Bewohnern des lombardisch-venetianischen Königreiches ohne Unterschied volle Verzeihung für den von ihnen an den politischen Ereignissen des laufenden Jahres etwa genommenen Antheil gewährt, und haben angeordnet, daß gegen solche weder eine Untersuchung noch Strafe stattfinden könne, vorbehaltlich der Rücksichten, die bei Bestätigungen in öffentlichen Aemtern dieserhalb als zweckmäßig erkannt werden dürften. — Eben so ist es Unser allerhöchster Wille, daß die Bewohner des lombardisch-venetianischen Königreiches eine ihrer Nationalität und den Bedürfnissen des Landes, so wie ihrer Verbindung mit dem österreichischen Kaiserstaate entsprechende Verfassung erhalten sollen. Zu diesem Ende werden Wir, sobald der Frieden und die Ruhe hinlänglich gesichert sein werden, an einem noch zu bestimmenden Orte, die von allen Provinzen des lombardisch-venetianischen Königreiches frei zu wählenden Volksvertreter einberufen. — Gegeben in Unserer Residenzstadt Wien, am 20. September 1848. — Ferdinand. — Wessenberg.

Schweiz.

Bern, 29. September. [Maßregeln gegen die republikanischen Flüchtlinge.] Der Regierungsrath hat bezüglich auf die flüchtigen Theilnehmer am letzten Aufstande in Baden verfügt: 1) Diejenigen, welche das Asylrecht früher hier genossen und dasselbe nun durch ihre wiederholte Theilnahme mißbraucht haben, aus dem Kanton zu verweisen; 2) die übrigen unter spezielle polizeiliche Aufsicht zu stellen.

Basel, 30. Septbr. [Raveaux.] Der deutsche Reichsgesandte, Herr Raveaux, ist gestern hier eingetroffen. Man vermuthet, er wolle sich vor seinem Abgange nach Bern noch genauer über die Verhältnisse des angeblich von hier aus erfolgten bewaffneten Einfalls erkundigen. Seit dem Einrücken der Truppen ist es an unserer Grenze wieder stiller. In Großhününgen dagegen befindet sich die Schaar, von der wir meldeten, noch; sie soll zwei- bis dreihundert Mann stark sein. Von badischer Seite aus soll den Arbeitern angezeigt worden sein, daß sie sich, die Anführer ausgenommen, in kleineren unbewaffneten Zügen ungehindert in ihre Heimath begeben könnten und Marschgelder erhalten würden. Die Leute sollen das für eine Art Anbahnung von Unterhandlungen angesehen und wunderliche Bedingungen (z. B. Freilassung Struve's) gestellt haben. Gestern Abend ist nun Militär von Kolmar nach St. Louis gekommen und die Internirung der Schaar soll schon heute in's Werk gesetzt werden. (F. J.)

Frankreich.

Paris, 1. Oktober. [Tagesbegebenheiten.] Cavaignac ist sehr leidend. Er hütet zwar nicht das Bett und hat sogar gestern den neuen spanischen Gesandten, Herzog von Sotomayor, empfangen; aber er hat sich strenger ärztlicher Behandlung unterwerfen müssen. Seit drei Tagen wohnte er den Sitzungen der National-Versammlung nicht bei. Diesen Morgen hieß es von neuem, Senard, Minister des Innern, habe in Folge des gestrigen Vorganges in der National-Versammlung sein Amt in die Hände des Generals Cavaiguac niedergelegt, und man hält über kurz oder lang eine Ministermodifikation für unvermeidlich. — Die Verfassungs-Kommission ist für morgen zusammenberufen, um zu entscheiden, ob die Ernennung des Präsidenten durch die Versammlung oder durch allgemeine Stimmgebung geschehen soll. Wahrscheinlich wird die Frage nächste Woche in der Versammlung zur Erörterung kommen. Der Repräsentanten-Klubb der Straße Poitiers hat beschlossen, für den Fall, daß die Majorität der Versammlung sich dafür entscheide, den General Cavaignac direkt zum Präsidenten der Republik zu wählen, an der Abstimmung nicht Theil zu nehmen, sondern sich protestirend zu entfernen.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 20. Septbr. [Abschaffung der Folter und des Frohndienstes.] Um den in der Verwaltung der Provinzen, namentlich in der Gerechtigkeits-Pflege vorkommenden Mißbräuchen zu steuern, ist ein neuer kräftiger Vesiralbefehl an alle Gouverneure erlassen worden. Es wird darin neuerdings die Abschaffung der Folter und Frohndienste anbefohlen, und die strengste Aufsicht soll gehandhabt werden, um die diesem Befehle zuwiderhandelnden Machthaber zur Verantwortung zu ziehen. (Wiener Z.)

*) Diese Nachricht, sowie die Ernennung Recseys zum Premier-Minister hat uns schon vorgestern unser gewöhnlich gut unterrichteter Wiener *Korrespondent mitgetheilt. (S. die vorgestrige Bresl. Zeitung * Wien, 2 Oktober. Nachschrift.) Red.

Lokales und Provinzielles.

* **Breslau**, 5. Oktbr. [Stabs-Adjutanten.] Zu Stabsadjutanten der Bürgerwehr sind neuerdings gewählt worden die Herren: Breinersdorf, Hartmann, Pflücker, Wollheim, Falk. Sie haben sich über Annahme der Wahlen noch nicht durchgehends erklärt. Von den früheren Stabsadjutanten sind wieder gewählt unter andern die Herren: Rawicz Gocht, Ertel, Biebrach, Löwe, Höcker rc.

---

* **Breslau**, 4. Okt. [Bürgerwehrklubbs.] Ueber die Breslauer Bürgerwehr jetzt schon ein Urtheil sprechen zu wollen, müßte man für voreilig halten, da das Institut kaum ins Leben getreten, ja erst jetzt durch den angeordneten Zutritt der selbstständigen Schutzverwandten vervollständigt werden soll. Eins jedoch müssen wir als nachtheilig hervorheben, nämlich die Isolirung der Compagnien, die zu demselben Bataillon gehören. Statt brüderlicher Einigkeit, findet sogar in manchen Compagnien eine bedauerliche Absonderung statt; eine Entfremdung, die so weit geht, daß man nicht einmal die zu anderen Compagnien desselben Bataillons gehörenden Offiziere kennt. Hierzu kam, daß theils aus persönlichen Antipathien gegen Führer, theils aus dem Verkennen der Wichtigkeit und des Zweckes der Bürgerwehr, Insubordination und Widerspenstigkeit sich hier und da erzeugte. Es war daher ein glücklicher Gedanke, daß man durch alle Bataillone Bürgerwehrklubbs zu gründen suchte, was auch vollständig gelungen ist. Die Statuten, welche allen Klubbs vorgelegt wurden, sind mit wenigen Modificationen angenommen worden. Der Zweck dieser Klubbs ist brüderliche Einigung der einzelnen Compagnien im Bataillon durch Austausch von Ideen, Ansichten und Meinungen, ferner Berathung allgemeiner Angelegenheiten, so wie im Gegensatz besonderer der Bürgerwehr. Jeder Wehrmann, der zu demselben Bataillon gehört (die Klubbs sind nämlich Bataillonsklubbs), hat das Recht zum Klubb zu treten, ganz abgesehen von jeder politischen Ansicht, die der Einzelne hat. Jeder Wehrmann aus anderen Compagnien und jeder auswärtige Wehrmann kann als Gast eingeführt werden. Die Beschlüsse, welche die Klubbs fassen, sind jedoch nicht bindend für die Compagnien und können nichts weiter sein als Anträge an diese. Damit jedoch eine Centralisation stattfindet, soll jeder Klubb zu einer zu bildenden General-Commission so viel Deputirte schicken, als im Klubb Compagnien vertreten sind, so daß jede Compagnie durch einen Deputirten vertreten ist. In dieser Generalcommission sollen für dieselbe besondere Statuten berathen werden, doch sollen auch hier weder für die Klubbs, noch für Compagnien bindende Beschlüsse gefaßt werden. Die Commission macht Vorschläge rc., welche von den Klubbs zu genehmigen und dann erst von der Generalcommission, soweit diese dazu befugt ist, auszuführen sind.

Auf diese Weise wird neben der vollen Unabhängigkeit der Compagnien und Bataillone, neben der vollen Selbstständigkeit der Klubbs, doch eine Einigkeit, eine oft höchst nothwendige Uebereinstimmung herbeigeführt werden, die bis jetzt fehlte und die Kräfte zersplittern lassen. Auf die parlamentarische Bildung der Wehrmänner, auf die geistige Ausbilduag und auf das politische Anstreben und Bewußtsein, ohne welche die Bürgerwehr eine todte Masse bleibt, werden die Klubbs einen großen und segensreichen Einfluß ausüben. Es giebt zwar einzelne Männer, welche mit dem Zopfthum so innig verbunden sind, daß sie aus diesen Klubbs den Umsturz der Bürgerwehr herauswachsen sehen, die

Aufhebung der Disciplin, die Auflösung des Wehramtes, des Magistrats und wer weiß was alles noch, doch darf das kein Hinderniß sein, das Gute zu fördern. Wir wünschen den Klnbbs ein fröhliches Gedeihen und ein offenes Glück auf.

Wollbericht.

Breslau, 4. Oktober. Dem lebhaften Geschäfte nach zu urtheilen, welches gleich nach dem beendigten Frühjahrs-Wollmarkte eintrat und bis Mitte vorigen Monats ungefähr anhielt, war von dem heute als geschlossen anzusehenden Herbst-Wollmarkte ein anderes Ergebniß zu erwarten, als derselbe wirklich geliefert hat. Ein Geschäft en gros hat sich eigentlich gar nicht entwickelt; ausländische Käufer, mit Ausnahme von drei oder vier Häusern, und selbst diese haben kaum Nennenswerthes gekauft, sind nicht erschienen, und so war der Markt nur von inländischen Tuchfabrikanten und zwar aus Forste, Spremberg, Guben, Reppen, Görlitz, Grünberg, Krossen, Fürstenwalde und Sorau belebt, welche denn auch nur den Umsatz, der im Verhältniß sehr mäßig ausgefallen ist, bewirkt haben. Uebrigens hat der hiesige Herbst-Wollmarkt, abgesehen von anderen Ursachen, die wechselnd bald günstig oder ungünstig influiren, schon dadurch an Bedeutung verloren, daß jetzt fast alle Haupt-Handelsplätze durch Eisenbahnen in unmittelbare Nähe gerückt worden sind; Großkäufer besuchen daher, ohne gerade den Termin eines Marktes abzuwarten, die verschiedenen Stapelplätze für Wolle und kaufen dort nach Bedarf und Ansicht. Etwas Anderes ist es aber mit unsern inländischen Fabrikanten, deren ganzes Geschäft größtentheils auf die Messen basirt ist und die daher, da sie jetzt von der eben beendeten Leipziger Messe kommen, welche namentlich für Mitteltuche recht günstig sich gestellt haben soll, den jetzigen Herbst-Wollmarkt um so mehr für ihre Einkäufe benutzen konnten.

Das zum Markt gebrachte Quantum bestand aus:

Schlesische Einschurwolle......	ca.	3000	Centner.
Schlesische, Polnische Sommerwolle..................	„	500	„
Polnische, Posensche und Galizische Einschurwolle........	„	16000	„
Russische Einschurwolle........	„	2000	„
Lamm-, Schweiß- und Sterblingswolle................	„	2000	„
Schlesische und Polnische Locken	„	500	„
Zusammen	ca.	24000	Centner.
Hiervon können bis heute Nachmittag als verkauft angenommen werden		6000	„
Bleibt also ein Bestand von	ca.	18000	Centner.

Die Preise stellten sich, wie folgt:

Schlesische Sommerwolle von...	45	bis	58	Rthlr.
desgl. Sterblingswolle von.	—	„	—	„
desgl. Schweißwolle von...	38	„	45	„
desgl. Gerberwolle von....	30	„	35	„
desgl. Lammwolle von.....	60	„	75	„
desgl. Ausschuß von.......	40	„	42	„
Poln. feine Einschur von.......	54	„	60	„
desgl. feinmittel von.........	48	„	52	„
desgl. mittel von...........	40	„	45	„
desgl. Lammwolle von.......	48	„	55	„
desgl. Sommerwolle von.....	42	„	48	„
desgl. Sterblingswolle von...	35	„	40	„
desgl. Ausschuß von..... ...	32	„	36	„
Russische und polnische feine von	48	„	50	„
desgl. desgl. mittelfeine von...	38	„	44	„
desgl. desgl. geringe von.. ..	30	„	36	„
Weiße Sommer-Zackelwolle von	19	„	21	„
desgl. Winter- desgl. von	17	„	20	„
Zigaier Wolle...............	25	„	30	„

Der meiste Umsatz fand in polnischen Mittelwollen von 40 bis 50 Rthlr. statt; in schlesischen Einschurwollen wurde nur Weniges gemacht, da für diese Gattung die Käufer fehlten, indessen wurde Mehres davon, was sich sogar noch in erster Hand befand, von hiesigen Spekulanten gekauft. In andern Gattungen, wie Sterblingswolle und Schweißwolle, war das Geschäft nur sehr gering.

Moritz Mansfeld,
vereideter Wolltaxator der königl. Bank und der schlesischen General-Landschaft.

Neisse, 4. Oktbr. [Graf Reichenbach.] Der hiesige demokratische Verein hielt gestern Abends im Saale zur Sonne eine Versammlung, die durch die Anwesenheit des Grafen Reichenbach, welchen man schon vorher in seinem Quartier im Gasthause zum goldenen Stern ein Ständchen und Lebehochs gebracht hatte, sehr zahlreich besucht worden war. Die Herren Hasak, Prädel jun., Schmidt u. a. m. hielten beifällige Reden, besonders kam das mehrseitige Unterschlagen des Mißtrauens-Votums bei umliegenden Landgemeinden zur Sprache, und es wurde beschlossen, weitere Untersuchung und Behebung der Hindernisse zu veranlassen. — Die Gegenwart und die Reden des Volksvertreters wirkten zauberisch auf die Versammlung. Namentlich die Worte: „Meine Herren! Es ist mir zu Ohren gekommen, daß hier eine Adresse zu Unterschriften vorliegt, worin die Nationalversammlung um größte Beschleunigung des Verfassungsgesetzes dringend aufgefordert werden soll; ich muß dieses einigermaßen mißbilligen, denn eine Uebereilung in der Verfassungsfrage könnte die nachtheiligsten Folgen für das Volk und das Land in ihrem Gefolge haben. Wenn die Nationalversammlung in Berlin jeden Entwurf, den die Minister vorlegen möchten, sogleich gutheißen würden, dann wäre dies weit gefehlt, alle Errungenschaften könnten dadurch auf's Spiel gesetzt und wieder verloren werden und Jahre unter Aufregungen und Kämpfen vergehen, ehe das Volk wieder erstarke und das ihm Entrissene zurück gewinne. — Ein solch wichtiges Gesetz darf nur Punkt für Punkt reiflich überlegt, berathen und beschlossen werden; wir stehen noch zu sehr in der schwierigen und gefährlichen Epoche der Entwickelung sämmtlicher Gemeinde- und Staatseinrichtungen, und sehr leicht könnten daher noch einige (??) Monate sich hinziehen, ehe das wahrhaft wohlthätige Resultat erreicht würde. Die National-Versammlung wird in der Nichtübereilung mehr Ueberlegung und das Volk sein wohlbegründetes Recht dadurch sicherer finden!"
(B.-Fr.)

Aus Oberschlesien, 2. Okt. [Abmarsch der Truppen.] Da die Unruhen in Beneschau und Hultschin beseitigt worden sind, so werden die Truppen zurückgezogen und es marschiren die 6. und 7. Kompagnie des 23. Infanterie-Regiments aus jenen Ortschaften nach Kosel, und die in Kosel stehende 3. Kompagnie desselben Regiments nach Ratibor. (B.-Fr.)

Inserate.

Errungenschaften.

Als in den berühmten Märztagen in dem — man weiß jetzt recht gut, wodurch — provocirten Kampfe mit der bewaffneten Macht eine Anzahl Märzhelden blieb, wurden aus diesem Ereignisse Errungenschaften für das Volk hergeleitet. — Das Urwahlengesetz, das Associations-Recht, die völlig befreite Presse, die Begründung der Volksrechte auf der möglichst breitesten Unterlage, kurz die Regierung von unten herauf waren Früchte dieser Errungenschaft, und der Thron wankte unter dieser Erschütterung. Man zog es vor, die Freiheiten des Volkes, den Grundvertrag mit der Krone lieber auf die Errungenschaft eines Aufstandes, lieber auf dem vulkanischen, immerwährenden Erschütterungen ausgesetzten Boden der Gewalt, als auf ewigen, festen Grundsäulen eines gegenseitigen Vertrags zu begründen. Man errichtete das politische Gebäude auf Sand! denn was die Gewalt giebt, kann sie jederzeit wieder nehmen.

Als im August-Monat jenes traurige, erst jetzt einigermaßen aufgehellte Ereigniß in Schweidnitz vorfiel, ward diese Veranlassung zu neuen Errungenschaften benutzt. Für den beklagenswerthen Tod einiger der braven Männer mußte die ganze Nation büßen. Die wesentlichsten Vorrechte des Thrones wurden geschmälert; die Minister, welche ohnehin der National-Versammlung gegenüber sich nicht zu halten vermögen, wurden zu leidenden Sklaven des befehlenden Willens der National-Versammlung herabgewürdigt; — den anarchischen Bestrebungen der exaltirten Menge ward jeder Zügel abgenommen, und von den Offizieren der Armee eine geradezu unmögliche Erklärung verlangt; denn so lange der Verfassungs-Entwurf noch nicht heraus ist, so lange demnach die alten Gesetze noch bestehen: giebt es keine Reaktion, indem es Nichts giebt, wogegen man reagiren könnte.

Der Thron versank fast unter dem angemaßten Uebergewicht der National-Versammlung; der gesetzlose Zustand nahm von Tage zu Tage mehr überhand, und die Nation blutete unter den Fesseln der ihr angesonnenen Freiheit.

Die zerstörenden Elemente scheinen endlich ihren Höhepunkt erreicht zu haben. — Der Kampf, der in Frankfurt ausgefochten wurde, war der Kampf des vernichtenden und erhaltenden Prinzips, der Anarchie und der gesetzlichen Gewalt, der Kampf der in Deutschland tobenden dämonischen Gewalten und seines guten Genius; und der letztere, Gott sei Dank, hat gesiegt! — Er hat gesiegt! aber unter welchen Opfern! — Nicht wie in Schweidnitz in dunkler Nacht, sondern mit Vorbedacht, nicht durch eine unglücklich geleitete Kugel, sondern durch teuflisch auserlesene Martern wurden Deutschlands edelste Männer, unverletzliche Abgeordnete — und zwar darum gemordet, weil sie, ihrem Berufe treu, ein freies Wort zu Gunsten ihres Vaterlandes sprachen.

Wohlan! Auch wir haben unsere Errungenschaften! — Jenes unschuldige Blut soll nicht umsonst vergossen; jene Märtyrer der Freiheit nicht umsonst eines qualvollen Todes gestorben sein. — Man sagt: der Baum der Freiheit müsse mit Blut begossen werden! Und so soll denn aus diesem Blute für uns der Baum wahrer Freiheit erwachsen und die Nachwelt dereinst zu den Denkmälern dieser Männer als zu den Heiligthümern der deutschen Freiheit hinwallen! — Die Zeit des Forderns ist jetzt an uns gekommen; aber verhüte der Himmel, daß wir unsern Gegnern nachahmen sollten! — Wir lieben aufrichtig die wahre Freiheit, die ohne Gewalt auf Vereinbarung und gegenseitigen Verträgen beruht. Wir wollen eine auf freisinnige, nicht unmögliche Unterlagen gegründete konstitutionelle Monarchie; aber — und dies ist unsere Errungenschaft! — wir verlangen mit dem entschiedensten Ernste:

> die Wiederkehr der Ordnung, die Handhabung der Gesetze, das Aufhören der anarchischen Zustände, und die Bestrafung jener Frevler, die, von der Schwäche der Behörden geduldet und ermuthigt, von Stufe zu Stufe weiter schreitend, die wahren Freiheiten des Volkes in einer Schreckensherrschaft zu begraben drohen.

Jeder Staatsbürger hat das Recht, von der regierenden Macht Schutz seiner Person, seiner Freiheit und seines Eigenthumes zu verlangen Dafür geben wir unsere Steuern, dafür nehmen wir an allen Staatslasten Theil, dafür zahlen wir für unsere Person, wenn es einem innern oder äußern Feind gilt. — Auf welche Weise aber wird uns von der Umwälzungspartei dieser Schutz gewährt? — Man giebt eine habeas-corpus-Akte, und man treibt gleichwohl unbeliebige Personen mit Faust- uud Kolbenstößen aus der Stadt. — Man schafft die Prügelstrafe ab, und begünstigt dagegen die Volksjustiz, welche jeden braven Mann wegen einer unvorsichtigen Aeußerung auf der Straße den offenbarsten Mißhandlungen Preis giebt. Man gestattet Preß- und Redefreiheit, und die freie Rede ist nie gefesselter gewesen, als eben jetzt. Man schafft endlich die Todesstrafe für Verbrecher und diejenigen Personen ab, welche die menschliche Gesellschaft von sich gestoßen hat, und läßt demohnerachtet brave Bürger todtschießen, weil man aus zärtlicher Rücksicht der Menge das seltene Vergnügen der Katzenmusiken nicht entziehen will. — Soll man etwa an diesen Früchten den Aufgang der neuen Freiheits-Sonne erkennen? —

Wozu helfen Drohungen und Warnungen, wenn sie nicht ausgeführt werden; wozu die Gesetze, wenn ihnen nicht Geltung verschafft wird? — Die offenbarsten Gesetzwidrigkeiten, Aufforderungen zum Aufruhr und Landesverrätherei geschehen öffentlich ohne allen Hehl, aber Niemand nimmt davon Notiz, Niemand straft. — Die aufrührerischen Plakate sind täglich an den Straßenecken zu lesen, aber Niemand frägt nach dem Drucker und Verfasser, — Das Unwesen der Katzenmusiken dauert ununterbrochen fort, die bekannten Urheber derselben aber werden nur wiederholt gewarnt, nie bestraft. Soll man unter diesen Umständen etwa an den Ernst der Behörden, den Unfug unterdrücken zu wollen, glauben? — Soll die Gelegenheit zu Konflikten und dadurch wieder zu Errungenschaften denn nie aufhören? — Breslau entvölkert sich immer mehr, Handel und Gewerbe liegen, die Wohnungen stehen leer, und den Auswärtigen wird der Aufenthalt in der Hauptstadt verleidet. Sind alle diese Uebelstände nicht eines ernsten Auftretens werth?

Man errichtet jetzt überall, sowohl auf dem Lande als in den Städten, Vereine der verschiedensten Art; warum bildet man nicht einen Verein zur Aufrechthaltung der Gesetze, der Ruhe und Ordnung, zur Unterstützung der Behörden, wenn es diesen an Macht gebrechen sollte, ihre Schuldigkeit zu thun? — Zu einem solchen Vereine sollten alle Stände, die Staatsbürger aller Klassen und aller Meinungen ohne Unterschied zusammentreten und dadurch thatsächlich beweisen: daß sie die wahre Freiheit wollen, und daß das preußische Volk wirklich die politische Reife habe, welche ihnen die Männer der Umwälzung einzureden bemüht sind, wozu aber die gegenwärtigen anarchischen Zustände und die häufigen Exzesse den entschiedensten Gegenbeweis liefern. — Möge das Volk endlich einsehen lernen, daß die strenge Beobachtung der Gesetze und die Achtung der Freiheiten Anderer nur allein die eigne Freiheit begründet! — Möchten aber auch die Behörden von der Ueberzeugung durchdrungen werden: daß einem Lande kein größeres Unglück begegnen könne, als wenn der regierenden Macht der Zügel des Regiments entfällt.

Die Bürgerwehr-Klubbs

werden ersucht, zur Bildung einer General-Kommission, welche **Dienstag, den 10. Oktober, Abend 8 Uhr, im Goldschmidt'schen Parterre-Saal** zusammentreten wird, so viel Deputirte zu senden, als Kompagnien im Klubb vertreten sind. Die Kompagnie-Mitglieder wählen den Deputirten aus ihrer Mitte. Nebst Beglaubigungsschein müssen die Statuten des Klubbs der Kommission vorgelegt werden. Die Beschlüsse der Kommission werden dann den Klubbs zur Berathung und Genehmigung vorgelegt.

Zweite Beilage zu № 234 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 6. Oktober 1848.

Hohe Nationalversammlung!

Nach dem Gesetz vom 8. April d. ist eine hohe Nationalversammlung zur Vereinbarung der Verfassung gewählt. Zu diesem Zweck ist Hochdieselbe bereits im Monat Mai zusammengetreten und mit Spannung erwartete das Land schon längst die Erreichung dieses Hauptzweckes, weil es nur in der wirklichen Feststellung der Verfassung die Errungenschaften der Märztage realisirt und die neuen Stützen der Ordnung und des Gesetzes dadurch gegründet sehen kann.

Die Berichte über die Thätigkeit einer hohen Nationalversammlung geben indeß Zeugniß, daß Hochdieselbe zur Hauptsache noch nicht übergegangen, daß fortwährend Interpellationen dieselbe zurückdrängen, und jeder Tag der Zögerung steigert die Gefahren für das Land, steigert die Unruhe und erbittert das Volk gegen seine gesetzlichen Vertreter, von denen es allein das Heil erwartet.

Bereits leiden Gewerbe und Kredit im hohen Grade. Der Gewerbetreibende kommt im Nahrungsstande zurück und das gegenseitige Vertrauen schwindet. Eben so gerathen die Kommunen, besonders die Stadtgemeinden immer mehr in Schulden und wie dies im Einzelnen ist, so ist dies auch mit dem Staate im Ganzen.

Durch den öftern Wechsel der Minister werden dem Lande bei der Pflicht des Staates, dieselben zu versorgen, große Lasten aufgebürdet, die Unterhaltung des Militärs erfordert in Zeiten der Unruhe größere Summen als in Zeiten der Ruhe, und überhaupt wachsen durch jede Verzögerung die Kosten.

Unter diesen Umständen sehen wir uns zu dem gehorsamsten Antrage veranlaßt:

> Hochdieselbe wolle sich hauptsächlich mit Feststellung der Verfassung beschäftigen.

Wir haben uns zu diesem Antrage umsomehr veranlaßt gesehen, als es unsere Pflicht ist, auf die allgemeine Stimme, die allgemeinen Wünsche unserer Kommune zu achten, und wir überzeugt sind, daß Hochdieselbe des Landes wahres Beste fördern will.

Jauer, den 2. Oktober 1848.

Der Magistrat. Die Stadtv.-Versammlung.

An eine hohe Nationalversammlung zu Berlin.

Vorstehende Petition haben wir an die hohe Nationalversammlung abgehen lassen und fordern die verehrlichen Kommunen der Provinz auf, sich dieser Petition anzuschließen.

Jauer, den 2. Oktober 1848.

Der Magistrat.

An die deutschen Arbeiter.*)

Die Berliner Reform vom 8. September bringt eine bereits in mehreren Blättern aufgenommene Anzeige des dortigen Arbeiter-Kongresses unter der Aufschrift „an die deutschen Arbeiter,“ deren Inhalt die irrige Meinung von der Auflösung des allgemeinen deutschen Arbeiter-Kongresses in Frankfurt a. M. verbreitet. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, zu erklären, daß wir die angekündigten Arbeiten fortsetzen und zu Ende führen werden. Wir bleiben nach wie vor in direkter Verbindung mit allen deutschen Arbeiter-Vereinen und Gewerken und ersuchen sie, unsere letzten Mittheilungen zu beachten und ihre Antworten unmittelbar an uns zu richten.

Ueber unser Verhältniß zu dem Leipziger Central-Comité des Berliner Kongresses werden wir uns erklären, sobald wir von demselben eine Antwort auf unser Schreiben vom 4. September erhalten haben werden.

Frankfurt a. M., 22. September 1848.

Der allgemeine deutsche Arbeiter-Kongreß.

*) Alle verehrlichen Redaktionen werden um Aufnahme dieser Erklärung ersucht.

Zur Ergänzung der Ansprache des Breslauer Comités zur Milderung des Nothstandes in Oberschlesien, vom 22sten September d. J., welche durch die Zeitungen veröffentlicht worden ist, Folgendes:

Außer Kleidungsstücken, Wäschgegenständen, wollenen Decken und Viktualien (Graupe, Reis, Gries, Backobst, Butter, Wein) haben wir seit dem Februar d. J. zur Unterstützung der Nothleidenden im Plesser Kreise erhalten.

I. An baarem Gelde: 1) Vom Haupt-Comité in Breslau 33,600 Rtlr.; 2) Als ein Geschenk Sr. Majestät des Königs 500 Rtlr.; 3) Durch direkt an uns geschickte Spenden von Privaten und Behörden 4003 Rtlr. 16 Sgr. 6 Pf. — Zusammen 38,103 Rtlr. 16 Sgr. 6 Pf.

Hiervon sind verausgabt worden: a) Zur Unterstützung der Armen, zur Errichtung und Unterhaltung von Waisenhäusern und Lazarethen, zur Bestreitung der Begräbnißkosten und sonstigen kleinen, durch den Augenblick gebotenen Ausgaben an die Vorsteher der 50 Armenbezirke, in welche der ganze Kreis zu diesem Zwecke von uns eingetheilt worden war, 17,135 Rtlr. 6 Sgr. 4 Pf.; b) Auf Wegebauten, um den arbeitslosen Kreiseinsassen Beschäftigung zu geben, 6000 Rtlr.; c) Für Medikamente, welche die vom Staate zur Unterdrückung der Typhus-Epidemie angestellten Bezirks-Aerzte aus den Apotheken zu Pleß, Nikolai, Sohrau und Myslowitz entnommen haben, 3,296 Rtlr. 23 Sgr. 3 Pf.; d) Zum Ankauf von Nutz- und Arbeitsvieh, und zwar bloß darlehnsweise, 3000 Rtlr.; e) Für Rohstoffe und deren Verarbeitung zu Kleidern, namentlich für die Waisen, 2,538 Rtlr. 24 Sgr. 10 Pf.; f) An die Tuchmacherzunft in Pleß zur neuen Belebung der Gewerbsthätigkeit ein Darlehen von 2,000 Rtlr.; g) Zum Ankauf von Haidegraupe 1,000 Rtlr.; h) Zum Ankauf von Haidekorn, welches den verhagelten Ortschaften vorschußweise zur Nachsaat gegeben worden ist, 718 Rtlr.; i) An Frachtlöhnen 486 Rtlr. 5 Pf; k) Gehalt für die besoldeten Unterbeamten (Kalkulator, Schreiber, Bote) und an sonstigen Büreaukosten beim Comité, 415 Rtlr. 2 Sgr. 3 Pf.; l) An Gehalt und Entschädigung für Personen, welche den Bezirksvorstehern und Bezirksärzten als Mehlvertheiler, Aufseher und Dollmetscher Hülfe geleistet haben, 161 Rtlr.; m) Extraordinaria 84 Rtlr. 20 Sgr. — Zusammen 36,835 Rtlr. 17 Sgr. 1 Pf. — Mithin blieb am 1. September d. J. ein Kassenbestand von 1,267 Rtlr. 29 Sgr. 5 Pf.

II. An Mehl: vom Staate 29,928 Ctr. Schrot-Mehl, 2397 Ctr. feines Mehl. Hiervon wurden vertheilt: 27,005 Ctr., mithin blieb am 1. September d. J. noch ein Bestand von 5320 Ctr.

III. An Salz: vom Staate 175 Tonnen. Hiervon wurden vertheilt 158¾ Tonnen; mithin blieb am 1. September d. J. noch ein Bestand von 16¼ Tonnen. — Außerdem hat der Staat nicht durch uns, sondern durch seine Behörden im Interesse des Kreises durch Besoldung der Bezirksärzte circa 16,000 Rthl. verwendet, und den Kreis im Frühjahre mit einer solchen Quantität an Saatmitteln (darunter allein 50,000 Scheffel Kartoffeln, 11,000 Scheffel Hafer und 3000 Scheffel Gerste u. s. w.) vorschußweise versehen, daß sämmtliche Felder bestellt werden konnten, und dadurch bei dem günstigen Ausfalle der Ernte die einzige Möglichkeit gegeben wurde, die Bevölkerung vor neuem Jammer und Elend zu bewahren. Indem das unterzeichnete Comitee die vorstehende kurze Uebersicht der Oeffentlichkeit übergibt, ergreift es gern die Gelegenheit, den edlen Wohlthätern, die ihre Spenden unmittelbar dem Comitee eingesandt haben, nochmals hierdurch im Allgemeinen Namens der Unterstützten, den wärmsten Dank auszusprechen. Gleichen Dank schulden wir Sr. Majestät dem Könige und den Staatsbehörden, durch deren Beihilfe es nur möglich war, das namenlose Elend des verflossenen Winters in seinen Folgen zu überwinden; gleichen Dank endlich dem Haupt-Comitee zu Breslau, in dessen Vertrauen und Bereitwilligkeit das unterzeichnete Kreis-Comitee die wesentlichste Stütze zur Erfüllung seiner willig übernommenen Pflichten gefunden hat. Pleß, den 3. Oktober 1848.

Das Hilfs-Comité des Kreises Pleß.

Theater-Nachricht.

Freitag, neu einstudirt: **„Die Schauspielerin.“** Lustspiel in einem Aufzuge, nach Fournier von W. Friedrich. — Hierauf, neu einstudirt: **„Das Portrait der Geliebten.“** Original-Lustspiel in drei Akten von L. Feldmann.

Sonnabend: **„Griseldis.“** Dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von Halm.

Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung meiner Tochter Renette mit dem Herrn Dr. Holländer aus Berun beehre ich mich Verwandten und Freunden statt jeder besonderen Meldung ergebenst anzuzeigen.

L. Danziger.

Als Verlobte empfehlen sich:
Renette Danziger.
Dr. Holländer.

Verbindungs-Anzeige.

(Statt jeder besondern Meldung.)

Unsere heut vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir Verwandten und Freunden hiermit ergebenst an.

Strehlen, 3. Oktober 1848.

Selma von Pullet, geborne von Schlichten.
von Pullet, Premier-Lieutenant im königl. 4. Husaren-Regt.

Todes-Anzeige.

(Verspätet.)

Unser vielgeliebter Gatte und Bruder, der Kaufmann Jakob Leichtentritt in Miloslaw, ward uns am 24sten v. M. in Folge eines Nervenfiebers, im 32sten Jahre seines Lebens, entrissen. Wir machen unsern verehrten Verwandten und Freunden diesen für uns so schmerzlichen Verlust ergebenst bekannt und bitten um ihre stille Theilnahme.

Militsch, den 3. Oktbr. 1848.

Auguste Leichtentritt, geb. Scherk.
Geschwister Leichtentritt.

Magdalenen-Gymnasium.

In die Elementarklassen neue Schüler aufzunehmen, bin ich am Nachmittage des 2. Oktober bereit, in die Gymnasialklassen am 7., 9. und 10. Oktober.

Direktor **Schönborn.**

Zur Nachricht den Herren Tischlermeistern.

Eine bedeutende Quantität ganz gesunder Kirschbaumstämme verschiedener Stärke lagern bei mir zum Verkauf, welche zu jeder Tageszeit in Augenschein können genommen und gegen baldige Bezahlung übergeben werden.

Hundsfeld, 29. Sept. 1848. **Rosemann.**

Den Herren Mitgliedern des priv. Instituts für hilfsbedürftige Handlungsdiener machen wir hiermit die Anzeige, daß die Unterrichtsstunden in der Buchführung Mittwoch den 11ten Oktober beginnen und die Anmeldungen dazu im Instituts-Lokale entgegengenommen werden.

Breslau, 4. Oktober 1848.

Die geordneten Vorsteher.

Seine Versetzung hierher zeigt Stadt und Umgegend ergebenst an:

der praktische Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer
Dr. G. Waxmann,
Assistenzarzt im königl. 1. Ulanen-Regiment.

Zduny, den 3. Oktober 1848.

Lokal-Veränderung.

Meine Wohnung nebst Comptoir befindet sich jetzt **Büttnerstraße Nr. 4.**

M. Bruck.

Ich wohne jetzt
Reuschestraße Nr. 52.
Dr. Hirsch.

Ich wohne jetzt Neue Schweidnitzerstraße Nr. 6 im goldnen Löwen.

Dr. Klein,
praktischer Arzt und Wundarzt.

Meine Wohnung ist jetzt Schuhbrücke **27**, nicht mehr 74.

M. J. Henschel,
Woll- und Getreide-Commissionair.

Den Mitgliedern der **Sonnabend-Gesellschaft-Harmonie** im Kasperkeschen Lokale zur Nachricht, daß das Kränzchen für diese Woche nicht stattfindet.

Der Vorstand.

Tanz-Unterricht.

Ich zeige hiermit ergebenst an, daß ich meinen Unterricht den 15. Oktober wieder beginnen werde.

Arene,
königlicher Universitäts-Tanzlehrer,
Taschenstraße Nr. 10, 2te Etage.

Anzeige. Die von mir arrangirte musikalische Morgen-Unterhaltung (zum Besten einer hilfsbedürftigen Familie) findet Sonntag den 8. Oktbr. d. J. um 11 Uhr im Logen-Saale „zum Zepter“ unter gefälliger Mitwirkung hiesiger Künstler statt. Eintrittskarten à 10 Sgr. sind in der Musik-Handlung des Herrn Scheffler (vorm. Cranz) zu haben.

Moritz Schön.

Im Verlage von E. Raabe in Oppeln ist so eben erschienen und in **Breslau** bei **Graß, Barth u. Comp.** in Commission zu haben, so wie in allen Buchhandlungen:

Anleitung zur Wirthschaftsführung auf größeren Landgütern, mit besonderer Berücksichtigung der Lage des ländlichen Arbeiters. — Ein Beitrag zur landwirthschaftlichen Betriebslehre von **H. Settegast,** Administrator der königl. preuß. Domaine Proskau und Lehrer der Landwirthschaft an der dasigen landwirthschaftlichen Lehranstalt. 8. geh. Preis 20 Sgr.

Bei E. Raabe in Oppeln ist erschienen und in Kommission bei **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau** und **Oppeln**, so wie in allen Buchhandlungen zu haben:

Die Eisen-Erzeugung Nieder-Schlesiens und der Grafschaft Glatz oder statistisch-tabellarische Zusammenstellung aller in den königlichen Regierungs-Bezirken Breslau und Liegnitz belegenen Eisen-Hütten-Werken. Ein Versuch von Ludwig Wachler. Preis 15 Sgr.

Dieses zweite Heftchen ist eine Fortsetzung und bildet nunmehr ein geschlossenes Ganze, zu dem im vergangenen Jahre erschienenen Heftchen: Die Eisen-Erzeugung Ober-Schlesiens (Preis 25 Sgr.) Es ergänzt dasselbe, enthält aber außerdem die tabellarischen Haupt-Uebersichten über die gesammte Provinz Schlesien, ein vollständiges Register und Inhalts-Verzeichniß über beide Hefte und im Vorwort technische Bemerkungen über die materiellen und Betriebs-Verhältnisse dieser Werke. — Wir empfehlen dies sehr übersichtlich geordnete Büchlein allen Hütten-Besitzern, so wie Beamten und Hütten-Beflissenen, allen Eisen-Kaufleuten und überhaupt allen Freunden unseres provinziellen Hüttenwesens. Das Heftchen ist sehr sauber ausgestattet und mit 2 Titel-Vignetten versehen.

Lokal-Veränderung.

Die Betten-, Bettfedern- und Daunen-Handlung,
bisher Neue Schweidnitzer Straße Nr. 1,
befindet sich jetzt **Schweidnitzer Straße Nr. 17, 2 Treppen,**
und empfiehlt: Betten von 6, 8, 10 bis 20 Rthlr.
Böhmische Bettfedern und Daunen von 5 Sgr. bis 1½ Rthlr.
Roßhaar- und Seegras-Matratzen zur gütigen Beachtung.

R. Großmann, Schweidnitzer Straße Nr. 17, 2 Treppen.

Restauration, Schmiedebr. Stadt Warschau.

Heute Freitag erste musikalische Abendunterhaltung unter Direktion des Herrn **Drescher.**

Die seit länger als zehn Jahren auf der alten Taschenstraße Nr. 10 bestandene

Blumen-Fabrik der Christine Jauch

befindet sich von jetzt ab
Klosterstraße Nr. 1a zunächst der Brücke der Ohlauer Vorstadt.

Mit dieser Anzeige erlaube ich mir die Versicherung zu verbinden, daß ich auch in meinem neuen Lokale stets das Neueste und Geschmackvollste in Blumenartikeln zu liefern und das mir bisher bewiesene Vertrauen zu erhalten sorgsamst bemüht sein werde.

Breslau, 4. Oktober 1848. **C. Jauch.**

Neu eröffnetes Commissions-Geschäft,

in mannigfacher Vermittelung, empfiehlt sich Breslau Nadlergasse Nr. 21.



Schweizerhaus.

Sonnabend: Erstes

Bojaren-Fest.

Entree à Person 5 Sgr.

Zu Kleinburg

heute Freitag großes **Militär-Horn-Concert** nebst **Kuchen.** Entree à Person 1 Sgr. Anfang 1 Uhr.

Zum **Fleisch-** und **Wurst-Ausschieben** auf Sonnabend den 7. Oktbr. ladet ergebenst ein: **Werner,** Cafetier, Matthiasstr. 25 im schwarzen Adler.

Zum **Fleisch-** und **Wurst-Ausschieben,** auf Sonnabend den 7. Oktober, ladet ergebenst ein: **Höbel,** Bürgerwerder, Wassergasse Nr. 17.

Zum **Fleisch-** und **Wurst-Ausschieben,** den 7. Oktbr., ladet ergebenst ein: **Hellmich,** Matthiasstraße 27.

Ergebenste Anzeige

allen meinen geehrten Kunden, daß sich meine Wohnung nicht mehr Graben Nr. 40, auch nicht, wie viele im Mißverständniß sind, Schmiedebrücke befindet, sondern **Graben Nr. 18.** Auch bitte ich um fernere geneigte Aufträge und verspreche prompte und reele Bedienung bei billigsten Preisen.

Ernst Sirowatky senior, Feilenhauermeister.

Eine gebildete Wittwe, welche die Führung der städtischen als auch ländlichen Hauswirthschaft vollkommen versteht, sucht ein derartiges Engagement, und würde, falls sich ein anständiger Wirkungskreis für dieselbe darbieten sollte, eben sowohl auf jeden Gehalt Verzicht leisten als auch die ihr anvertraute Stellung mit gewissenhafter Sorgfalt auszufüllen suchen. Näheres darüber auf portofreie Anfragen in der Handlung Stockgasse Nr. 28 in Breslau.

Eine gebildete Wittwe, die als Wirthschafterin in großen Häusern gedient, wünscht eine ähnliche Stelle, auch würde dieselbe bei einem ältlichen kränklichen Herrn oder Dame eine Stelle als Pflegerin oder zur Wirthschaftsführung übernehmen. Näheres bei dem Commissionär Hrn. **Berger,** Bischofsstraße 7.

Neue errichtete

Holz- und Kohlen-Niederlage von Hanisch,

auf dem Bahnhofe zu Canth.

Von heute ab verkaufe ich: **Bretter, Latten** und **Klafterholz,** so wie große und kleine **Steinkohlen,** und zwar letztere nach folgenden Preisen:

a) große Kohlen:

der Scheffel Verkaufsmaß	6 Sgr.	6 Pf.,	
mithin die Tonne mit	26	—	
die Tonne Grubenmaß zu	31	6	

und bei Abnahme eines ganzen Bahnwagens von 15 Tonnen Grubenmaß verkaufe ich denselben mit 15 Rtlr. 22 Sgr. 6 Pf.

b) kleine Kohlen:

der Scheffel Verkaufsmaß	4 Sgr.	6 Pf.,
mithin die Tonne	18	—
die Tonne Grubenmaß	21	6

Den oben erwähnten vollen Bahnwagen von 15 Tonnen Grubenmaß mit 10 Rtlr. 22 Sgr. 6 Pf.

Der neu dekorirte und gebohnerte Saal, Vorwerksstraße Nr. 2, ist noch auf einige Abende der Woche den Winter hindurch zu Klubbs, Kränzchen und Bällen abzulassen. Näheres daselbst.

Stellengesuch.

Ein Zuckersiede-Meister, zwei unverh. Amtleute, ein Gärtner, zwei Handlungsdiener und zwei Kammerdiener, mit den besten Zeugnissen versehen, suchen anderweitige Engagements. Zwei Lehrlinge für die Handlung werden gesucht. Das Nähere bei

Q. Walter u. Comp., Ohlauer Straße Nr. 70, 2 Stiegen.

Haus-Verkauf.

Wegen Abwesenheit des Eigenthümers ist am hiesigen Ort ein auf einer der lebhaftesten Straßen, nahe an den bedeutendsten Marktplätzen gelegenes Haus, mit 3000 Rtlr. Anzahlung, sofort zu verkaufen. — Nähere Auskunft ertheilt Herr Tischlermeistermeister Howe, Kleine Groschengasse Nr. 9.

Frische Hasen,

das Stück gut gespickt 12 und 15 Sgr.

Frisches Rothwild,

vom Rücken das Pfund 3 Sgr., von der Vorderkeule 2 Sgr., Kochfleisch 1½ Sgr., empfiehlt **Frühling,** Ring Nr. 26 im goldnen Becher.

Von frischen

Gebirgs-Preiselbeeren

erhalte ich wöchentlich neue Sendungen.

C. J. Bourgarde, Schuhbrücke 8, goldene Waage.

Durch den Empfang meiner neuen **Leipziger Meß-Waaren** ist mein Waarenlager der Art assortirt, daß ich in Bezug der mannigfachen Auswahl und billigen Preise so wie neuesten Erscheinungen in fertigen **Mänteln** und **Bournussen** meine sehr werthen Kunden auf's Prompteste zufrieden zu stellen hoffe. Ich empfehle hiervon ganz besonders die elegantesten Braut- und Gesellschafts-Roben, **schwarze Mailänder Glanz-Taffete, buntgestreifte** und **karrirte Seidenstoffe** à **15** Sgr., eine Partie gestreifte **seidene Kleider** 19 Ellen für 7 Thlr., die feinsten franz. **Cachemir-** und **Mousseline de laine-Roben,** erstere 19 Ellen von 7 Thlr. an, so wie letztere zu 3 Thlr., die größte Auswahl in **wollenen** und **halbwollenen Kleidern** und **Ueberrockzeugen,** die neuesten **Ball-** insonders **Barège-Roben,** 21 Ellen für 4 Thlr., ebenso **Battiste** in allen Farben à $2\frac{2}{3}$ Thlr., schmale und breite **Kattune** zu festen Fabrikpreisen, **Gardinen-** und **Möbel-Stoffe, Casimir-Tischdecken,** wie auch alle Gattungen **Umschlage-Tücher.**

Die neuesten **Pariser** und **Wiener Modells** von **Bournussen** und **Mänteln,** die größte Auswahl echt **französischer Lamas** und **Halblamas** zu Mänteln, die nebst den bedeutenden Vorräthen fertiger Gegenstände in kürzester Zeit auf Bestellung auch angefertigt werden.

A. Weisler,

Schweidnitzer- und Junkern-Straßen-Ecke Nr. 50.

Junge Leute, welche sich, zu welcher Ausbildung es auch sein mag, hier aufhalten wollen, können gegen mäßiges Honorar unter wahrer mütterlicher Aufsicht Wohnung und Kost finden. Näheres bei S. Horrwitz, Schuhbrücke Nr. 27.

Ein Brenner,

unverheirathet und nüchtern, findet sofort ein Unterkommen auf dem Dominium Zalenze bei Kattowitz. Das Nähere auf portofreie Anfragen.

Ein großer Ladentisch, auch ein kleines Schreibpult ist billig zu verkaufen: Karls-Straße Nr. 42, im Hofe.

Auf den 12. d. M. früh 10 Uhr sollen bei dem Dominium Ottwitz bei Breslau die Korbmacher-Ruthen verkauft werden.

Elbinger Neunaugen

in ⅛ und $\frac{1}{16}$ Gebinden, so wie Stückweise, und **geräucherten**

Silber-Lachs

empfiehlt von **neuer Sendung** billiger als bisher

C. J. Bourgarde, Schuhbrücke 8, goldene Waage.

Aechten Ollmützer Käse

empfing so eben und offerirt: **C. G. Felsmann,** Ohlauerstr. 55.

Makulatur

ist zu verkaufen Herren-Straße Nr. 20, in der Buchhandlung.

Elbinger Neunaugen

von neuer Zufuhre, offerirt billigst: **Theodor Kretschmer,** Karlsstr. 47.

Eine Putzhandlung,

schuldenfrei, ist veränderungshalber sofort zu verkaufen. Mündlich oder durch portofreie Briefe zu erfragen Karlsstr. Nr. 30 im Hintergebäude 1 Stiege, bei Mad. **Silberstein.**

Die erste Sendung

Ungarisch. Kastanien

empfing und empfiehlt die Südfruchthandlung

P. Verderber, Ring Nr. 24.

Stearin-Kerzen	**8**	Sgr.
Stearin-Kerzen	**9**	
Apollo-Kerzen	**10**	
Brillant-Kerzen	**11**	

offerirt: **C. G. Ossia,** Nikolai- und Herrenstraßen-Ecke 7.

Von frischen

Ungarisch. Kastanien,

schönsten franz. **Prünellen** und **Birnen,** empfingen die erste Sendung und offeriren billigst:

Gebrüder Knaus, Hintermarkt Nr. 1.

Frisches Rothwild,

das Pfund von Rücken und Keule 2½ Sgr.,

frische Krammetsvögel,

das Paar 2½ Sgr.,

frische Stock-Enten,

das Paar 20 Sgr.,

frische Rebhühner,

d. Paar gut gespickt 7 Sgr., schönste 8 Sgr.,

frische Schnepfen,

das Stück 12 Sgr., zu haben Kupferschmiedestr. Nr. 43, zum goldnen Stück im Keller.

Frische Rehkeulen,

das Stück von 25 Sgr. bis 1 Rtlr. 5 Sgr. die stärksten; **Fasanen,** das Paar zu 25 Sgr. bis 1 Rtlr. die schönsten; **Waldschnepfen,** das Stück 12 Sgr.; **Krammetsvögel,** das Paar 2½ Sgr., so wie auch **Hasen** und **Rebhühner** zu den billigsten Preisen, empfiehlt: **Beier,** Wildhändler, Kupferschmiedestraße Nr. 16.

Rectificirter Gasäther,

hell leuchtend und geruchlos brennend, ist bei Herrn T. W. Kramer, Büttnerstraße 30, **C. F. Capaun** in Masselwitz zu bekommen.

Mit 300 Rthl. Anzahlung wird alsbald eine Scholtisei, ohnweit der Eisenbahn, von 60 M. Areal und vollständigen Wirthschafts-Gebäuden, durch das Comptoir Hummerei Nr. 3 verkauft.

Für Gutsbesitzer.

Von einem cautionsfähigen Manne wird die Milch baldigst zu pachten gewünscht. Näheres Klosterstr. Nr. 1 a 2, bei **Titze.**

Mein Fleischverkauf

befindet sich jetzt Reusche Straße **Nr. 2** im goldnen Schwert, und bitte meine geehrten Kunden, sich dahin zu bemühen.

Fleischermeister **Kühndel.**

Zu verkaufen: zwei fast noch neue Vorfenster und eine Glasthüre, Ohlauer Straße Nr. 34, 2 Stiegen.

Ein Fuchs-Wallach, 5 Fuß 6 Zoll groß, 7 Jahr alt, Mecklenburger Race, ganz militairfromm, steht Friedr.-Wilh.-Str. Nr. 70, zur Stadt Aachen, zu verkaufen.

Eine Wachtelhündin,

braun und weiß gefleckt, auf den Namen Molly hörend, ist verloren gegangen. Der Finder erhält eine gute Belohnung Messergasse Nr. 6, 2 Stiegen.

Zwei Stück junge Neufundländer sind billig zu verkaufen: Albrechtsstraße Nr. 11, im Eck-Laden.

Zu vermiethen und zum Neujahr 1849 zu beziehen, ist Hummerei Nr. 4 der 1. Stock, bestehend in 4 Stuben und dem nöthigen Beigelaß.

Näheres Schweidnitzer Straße Nr. 39 im Comptoir.

Wohnungen zu 4 und 5 Piecen nebst Beigelaß und Gartenplatz für Familien, welche das Landleben mit dem Stadtleben vereinigen wollen, sind sofort wie auch zu Weihnachten zu vermiethen. Das Nähere in der Sandvorstadt, Sterngasse 6.

Eine **Bäckerei** ist zu vermiethen und zu Termin Ostern zu beziehen. Näheres ertheilt **F. Jestel,** große Groschengasse Nr. 6.

Für 55 Rthlr. jährliche Miethe ist Blücherplatz Nr. 11 im ersten Stock eine Wohnung nebst Zubehör bald oder Termin Weihnachten zu vermiethen.

Elegant möblirte Zimmer

sind stets auf beliebige Zeit zu haben und zur Aufnahme Fremder bereit: Tauenzienstraße Nr. 83 (Tauenzienplatz-Ecke) bei Schultze.

Oder-Vorstadt, Kohlenstraße Nr. 4, ist eine freundliche Wohnung im zweiten Stock zu vermiethen.

Ursuliner Straße Nr. 13 ist eine möblirte Stube nebst Kabinet sogleich zu beziehen. — Das Nähere Mühlgasse Nr. 2, 3 Treppen.

Eine möblirte Stube ist Ketzerberg Nr. 8 im 1. Stock vornheraus gleich zu beziehen.

Büttner-Straße Nr. 32 ist der 2te Stock nebst Zubehör zu vermiethen und Ostern 1849 zu beziehen.

Eine freundliche Stube ist zu vermiethen und sofort zu beziehen. Das Nähere beim Rendant **Schneider,** Oder-Vorstadt, Salzgasse Nr. 1, im Vordergebäude, 2 Stiegen.

Ein großer Hausladen

ist Ring Nr. 39, grüne Röhrseite, zu vermiethen und bald zu beziehen.

Zu vermiethen

eine geräumige Handlungs-Lokalität, bestehend aus Comptoir (oder Verkaufs-Gewölbe), großen Remisen und Kellern.

Eine Wohnung, bestehend aus 5 großen Stuben, 2 Kabinets, Küche und Zubehör.

Albrechtsstraße Nr. 38.

In der Schweidnitzer Vorstadt, Gartenstraße Nr. 23, ist der erste Stock von 7 Zimmern, großer Küche und Garten, zum Neujahr ganz oder getheilt zu vermiethen auch sind kleine Wohnungen bald zu beziehen

---

Zu vermiethen

ist am Ringe ein freundliches Gewölbe, bald oder auch zu Weihnachten zu beziehen. Das Nähere zu erfragen: Elisabetstraße Nr. 5, in der Damenputz-Handlung.

Zu vermiethen, bald oder zu Weihnachten ist der zweite Stock, von 4 Stuben und Kabinet, Altbüsserstraße Nr. 28, im goldn. Herz

---

Zu verkaufen:

ein gebrauchter, von starkem Eisenblech mittelgroßer Ofen, mit einer kupfernen Wanne, 4 Kannen Wasser enthaltend; zu erfragen Kupferschmiedestraße Nr. 6.

Eine gut gelegene **Baude am Ringe** ist zu vermiethen. Nähere Auskunft wird ertheilt Hinterhäuser Nr. 10, eine Treppe hoch vorn heraus.

Zu vermiethen

Ring Nr. 1 ein Gewölbe, Seite der Nikolaistraße, und eine Wohnung in dritter Etage, bestehend aus drei Stuben und Alkove, und Weihnachten zu beziehen. Naheres Schweidnitzerstraße Nr. 54 beim Wirth.

Zu vermiethen

die zweite Etage Ring 43.

Sofort zu vermiethen: Breitestrasse 15, der dritte Stock.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Landesältester Baron von Tschammer aus Dromsdorf. Gutsbes. Baron v. Badenfeld u. Hr. Quatember a. Sakrau. Dr. Hamm a. Leipzig. K. k. Oberst Graf Salm a. Theresienstadt. Kaufm. Berger aus Preßburg. Kaufm. Liebmann a. Brody. Kaufm. Hons a. Koblenz. Kaufm. Schmiedel und Baron Hoffmann a. Dresden. Justizkommiss. Engelmann a. Ratibor. K. k. Offizier v. Sabath a. Wien. Oberzollinspektor Wiesner a. Wittenberge.

Breslau, den 5. Oktober.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Br. Kaiserliche Dukaten 96½ Br. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or 112¼ Gld. Polnisches Courant 95⅓ Br. Oesterreichische Banknoten 94¾ Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3½ % 73¼ Gld. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% $95\frac{11}{12}$ Br., neue 3½ % 78¼ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½ % 90½ Br., Litt. B 4% 92¾ Br., 3½ % 81½ Br. Alte polnische Pfandbriefe 4% 91 Br., neue 91 Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 86½ Br. Oberschlesische Litt. A 3½ % 88¼ Gld., Litt. B 88¼ Gld. Krakau-Oberschlesische 42½ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 69 Br. Neisse-Brieger 37½ Gld. Köln-Mindener 3½ % 75 Gld. Sächsisch-Schlesische 75 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 42¾ Br. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Mt 142½ Gld. Berlin 2 Mt. 99⅝ Gld., keine Sicht 100⅛ Br. Hamburg 2 Mt 149¾ Gld, keine Sicht 150½ Gld. London 3 Mt. 6. 23⅝ Gld. Wien 2 Mt. 93½ Br.

Berlin, den 4. Oktober.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3½ % 75 bez. u. Br., Prior. 4½ % 88¾ Br. Niederschlesische 3½ % 69 u. 68¾ bez., Prior. 4% 81¾ Gld., Prior. 5% 94¼ Br., Serie III 5% 88½ Gld. Oberschlesische Litt. A 3½ % 88½ Gld., Litt. B 88½ Gld. Rheinische 53 Br. Posen-Stargard 4% 66¼ bez. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 42½, ⅜ u. ½ bez. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Scheine 3½ % 73½ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. 87½ bez. Posener Pfandbriefe 4% 96 Br., neue 3½ % 77¾ Br. Friedrichsd'or 113⅜ Br. Louisd'or 112⅝ bez. Polnische Pfandbriefe 4% alte 90¼ bez., neue 90¼ bez.

Fonds und Eisenbahn-Aktien waren heute williger zu lassen und deren Course zum Theil etwas höher als gestern.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.